:antifaschistische nachrichten

Nr. 14

g 3336 16.7.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Noch hat die konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments, das – je nach Wahldatum in den Mitgliedsländern – zwischen dem 4. Juni und dem 7. Juni dieses Jahres neu gewählt worden ist, nicht stattgefunden. Sie ist auf den 14. Juli angesetzt. Aber schon hat das neue Europaparlament eine Rechtsaußenfraktion. In ihr sind jedoch bislang nicht alle rechtsextremen, nationalpopulistischen, rechtskonservativen oder autoritären Parteien des Kontinents, die in dem Parlament vertreten sind, zusammengeschlossen. Wichtige Rechtsaußenkräfte wie der französische Front National (FN) oder die österreichische FPÖ sind bislang noch auf der Suche nach Mitarbeitsmöglichkeiten bei einer Fraktion oder Parlamentariergruppe.

Am 1. Juli dieses Jahres einigten sich acht nationalistische Parteien, die insgesamt dreißig Abgeordnetensitze innehaben, auf die Bildung einer gemeinsamen Fraktion. Sie soll auf den blumigen Namen „Europa der Freiheit und Demokratie" hören. Ihren Vorsitz wird der britische Europaparlamentarier Nigel Farage von der United Kingdom Independance Party (UKIP), die bei der jüngsten Wahl am 4. Juni über 17 % der britischen Stimmen und 13 Mandate erhielt, führen.

Extreme Rechte im Europaparlament:

Erste Fraktion gebildet

Aber starke rechtsradikale Parteien stehen noch außen vor

Ferner gehört der künftigen Fraktion die rassistische Lega Nord aus Italien an, die dort der Berlusconi-Regierung mit eigenen Ministern angehörte. Sie hatte bei der Europawahl 10,2 Prozent der Stimmen erhalten und hatte damit, gegenüber der vorausgegangenen Wahl im Jahr 2004, um fast vier Prozent zugelegt. Sie stellt neun Europaparlamentarier.

Auch mittun bei der gemeinsamen Fraktion wird etwa die „Orthodoxe Gesamtbewegung des Volkes" LAOS aus Griechenland, die zwar schon ab 1989 mit einem Mandat im Europaparlament vertreten war, aber bei der diesjährigen Wahl ihren Stimmenanteil (mit 7,2 %) gegenüber der letzten Europawahl von 2004 fast verdoppeln konnte.

Die „Dänische Volkspartei" (DFP), die für ihre rassistische Orientierung vor allem gegenüber moslemischen Einwanderern bekannt ist und seit Herbst 2001 die konservativ-liberale Regierung Dänemarks im Kopenhagener Parlament toleriert, hält ebenfalls zwei Sitze. Genau wie die „Wahren Finnen" (Perussuomalaiset, PS), die mit zehn Prozent der Stimmen zu den Überraschungssiegern bei der diesjährigen Europaparlamentswahl zählten.

Je einen Sitz unter den künftigen Fraktionsmitgliedern halten das Mouvement pour la France (MPF, „Bewegung für Frankreich") des nationalkonservativen Grafen und Rechtskatholiken Philippe de Villiers – der, mit knapp fünf Prozent, bei der diesjährigen Europawahl Verluste hinnehmen musste – und die Slowakische Nationalpartei (SNS). Letztere regiert in Bratislava mit, zusammen mit den dortigen Sozialdemokraten unter Robert Fico, und ist neben der italienischen Lega Nord die zweite Regierungspartei in der künftigen Fraktion. Die niederländische, protestantisch-fundamentalistische SGP rundet das Bild ab.

Die Mehrheit der Mitgliedsparteien von „Europa der Freiheit und Demokratie" gehörten in der vergangenen Legislaturperiode der rechtskonservativen, EU-kritischen Fraktion „Union für ein Europa der Nationen" an. Hingegen bildeten die rassistischen, teilweise neofaschistischen Rechtsaußenparteien im Jahr 2007 vorübergehend eine eigene Fraktion unter dem Titel „Identität, Tradition, Souveränität" (ITS), die nach einigen Monaten auseinanderbrach.

Heute wird Letzteren die Fraktionsbildung schwerer fallen, da die Hürde dafür angehoben worden ist: Statt der 20 Europaparlamentarier, die in der vergangenen Legislaturperiode erforderlich waren, um ein Anrecht auf den Fraktionsstatus und die damit einhergehenden finanziellen Mittel zu erwerben, sind nunmehr 25 Mandate erforderlich. Aber vor zwei Jahren hatten die damaligen Mitglieder der →



Zu dem von der NPD veranstalteten „Rock für Deutschland" in Gera am 11.7. kamen ca. 4000 Neonazis, es war der größte Nazi-Aufmarsch in Thüringen seit 1945. Etwa 700 Menschen schlossen sich den Protesten gegen das Konzert an.

Heß-Kundgebung 2009 erneut verboten

WUNSIEDEL. Das Verwaltungsgericht Bayreuth hat am 4. Juli in einem Eilverfahren in erster Instanz eine entsprechende Verbotsverfügung des Landratsamtes Wunsiedel bestätigt. Dieses hatte wie in den vergangenen Jahren auch schon, den vom NPD-Funktionär und Anwalt Jürgen Rieger aus Hamburg für den 22. August 2009 angemeldeten Aufmarsch zu Ehren des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß untersagt.

Die Behörde stützt sich dabei unter anderem auf den Paragrafen 130 Abs.4 des Strafgesetzbuches (Billigung, Verherrlichung bzw. Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt und Willkürherrschaft). In den vergangenen Jahren hatten die Verbote jeweils in allen weiteren Gerichtsinstanzen Bestand. Es steht allerdings immer noch eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Gesetzmäßigkeit des erweiteren Paragrafen 130 StGB aus. Mit dieser ist im Laufe des Jahres zu rechnen.

www.aida-archiv.de ■

Inhalt:

Fortsetzung von Seite 1: Europaparlament

IST-Fraktion die seinerzeitige Schwelle nur knapp überschreiten können.

Am 31. Januar und 1. Februar 2009 hatte in Wien ein Treffen stattgefunden, das durch die FPÖ organisiert worden waren und an dem u.a. der französische FN, die „Dänische Volkspartei" DFP, der Vlaams Belang aus Belgien und die bulgarische Ataka-Parteien teilnahmen. Ein Europaparlamentarier der dänischen DFP (Mogens Camre) sicherte den übrigen Teilnehmer damals die Hilfe seiner Partei dafür zu, in eine Fraktion gemeinsam mit den Rechtskonservativen vergleichbar der damaligen „Union für ein Europa der Nationen" – der seine Partei damals angehörte – aufgenommen zu werden.

Der FN aus Frankreich und der Vlaams Belang sind bislang aber noch ebenso fraktionslos, wie es die österreichische FPÖ derzeit ist. Am 3. Juli schrieb die Wiener Tageszeitung *Der Standard*, die FPÖ bemühe sich um Anschluss an die neue Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie". Die Zeitung zitiert den (alten und neuen) Europa-Abgeordneten der Partei, Andreas Mölzer, mit den Worten: „Wir stehen in Verhandlungen". Es sei jedoch „nicht einfach", da nämlich „ein oder zwei kleine Gruppen" Vorbehalte gegen die FPÖ hätten. „Sie kennen die FPÖ nicht und glauben, was die politisch korrekten Medien schreiben", sagte Mölzer demnach ferner. Auch aus Sicht der FPÖ gebe es „Schwierigkeiten", die beseitigt werden müssten.

Die offen rechtsextreme British National Party (BNP), die am 4. Juni über sechs Prozent der Stimmen erhielt und erstmals seit ihrer Gründung 1982 im Europaparlament vertreten ist – wo sie nun zwei Mandate hat –, stößt offenbar auf noch stärkere Vorbehalte. Dazu dürfte nicht nur ihr ungeschminkt rassistischer Charakter beitragen, sondern auch ihre Konkurrenzsituation mit der UKIP, die auf den britischen Inseln noch weitaus stärker abschnitt.

Der britische Telegraph schrieb am 7. Juli, BNP-Chef Nick Griffin habe seine „Niederlage" bei dem Bemühen um die Formierung einer Parlamentariergruppe eingeräumt. Gespräche hätten mit dem französischen Front National, dem Vlaams Belang aus Belgien, der bulgarischen Ataka-Partei und der nationalistisch-antisemitischen Bewegung Jobbik aus Ungarn stattgefunden. Daraus sei jedoch keine gemeinsame Fraktionsbildung (in hinreichender Stärke) erwachsen. Angesprochen worden seien auch andere Kräfte wie die italienische Lega Nord, die jedoch aufgrund des „kontroversen Rufs" der britischen BNP lieber auf Abstand zu ihr geblieben seien. Nunmehr wolle seine Partei sich um eine „informelle" Zusammenarbeit besonders mit den Abgeordneten von FN (Frankreich) und Vlaams Belang bemühen.

Bernhard Schmid, Paris ■

:meldungen, aktionen

Hetze gegen CSD in Stuttgart

Stuttgart. Der Aufruf der vom Vatikan abtrünnigen und am rechten Rand des Katholizismus beheimateten „Priesterbruderschaft St. Pius X." gegen den am 1. August in Stuttgart stattfindenden CSD hat zu zahlreichen Protesten geführt. Als „religiösen Extremismus" und „Hetze gegen Minderheiten" bezeichnete Bundesjustizministerin Zypries die Haltung der Lefebvre-Anhänger. Diese haben in ihrem aktuellen „Mitteilungsblatt" unter der Überschrift „Katholische Männer und Familienväter: Wacht auf !" zum Protest gegen die „Propagierung der sodomitischen Unzucht" und für „die Einhaltung von Gottes Geboten in Deutschland" aufgerufen und wollen sich am 1. August auf dem Stuttgarter Marienplatz versammeln.

Als Kontaktadresse wird das Stuttgarter Priorat der Priesterbruderschaft angegeben.

Die Veranstalter des Stuttgarter CSD stellten Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen den Verfasser des Textes. Im Vatikan hat man unterdessen nichts anderes zu tun, als den „religiösen Fanatikern" (Zypries) ein neues Angebot zu unterbreiten, in den Schoß des „Heiligen Stuhls" zurückzukehren. In einer Erklärung vom 2. Juli betont der Papst noch einmal seine „väterliche Fürsorge" für die „Priesterbruderschaft St. Pius X." und hofft, dass es in künftigen Gesprächen wieder „zur vollen Gemeinschaft mit der Kirche kommen möge". *hma* ■

Konferenz der „Anti-Zensur-Koalition"

Schweiz/Widnau. Zu einer „Internationalen Konferenz" am 27. Juni auf der Kunsteisbahn Rheintal in Widnau lädt die ominöse „Anti-Zensur-Koalition" (AZK) ein. Die bezeichnet sich als „internationale, überkonfessionelle, überparteiliche freie Informations-Bewegung" und gibt seit Beginn des Jahres gemeinsam mit der „Anti-Genozid-Bewegung" (AGB) die „Anti-Zensur-Zeitung" heraus, die ihren Sitz im schweizerischen Walzenhausen hat und deren Redaktion Ivo Sasek angehört. Die Zeitung stellt eine Ansammlung von Texten dar, in denen es arg verschwörungstheoretisch daher geht. Von „Bewußtseinsmanipulationen wider den eigenen Willen" und „Ärzteverschwörung" ist da die Rede, von „tödlichen Mobilfunkstrahlungen", vom „Klimaschwindel" und nicht zuletzt von der „Germanischen Neuen Medizin". Auf die Webseite der „Jungen Freiheit"-Kolumnistin Gabriele Kuby wird dort ebenso verwiesen wie auf die Webseiten von infokrieg.tv und secret.tv. Der secret.tv-Moderator Jo Conrad gehört denn auch zu den angekündigten Referenten der Konferenz in Widnau. Ebenso wie die ehemalige finnische Gesundheitsministerin Dr. Rauni Kilde („Mind Control"), der Impfkritiker Hans Tolzin („Die Seuchen-Erfinder"), Dr. Joachim Mutter („Nanotechnologie + Supergifte") und ein namentlich nicht genannter „Internationaler Finanzexperte", der über „Kriminelle Behörden in der CH ?" sprechen soll. *hma* ■

„Pro"-Wahlkampftour

Köln. Die aus der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln" hervorgegangene „Bürgerbewegung pro NRW" will zum Wahlkampfendspurt am letzten Wochenende vor der Kommunalwahl eine Kundgebungsreihe durchführen. Diese soll am 21. August um 18 Uhr mit Auftritten des „Pro NRW"-Chefs Markus Beisicht, ehemals Funktionär der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat", und „Pro NRW"-Oberbürgermeister-Kandidat Jörg Uckermann in der Fußgängerzone von Leverkusen-Wiesdorf beginnen. Am Samstag, den 22. August, soll um 10 Uhr eine Kundgebung auf dem Bonner Münsterplatz stattfinden, um 13 Uhr auf dem Platz vor dem historischen Rathaus in Dormagen und um 16 Uhr auf dem Schloßmacherplatz in Radevormwald. Dabei würden auch „Überraschungsgäste aus dem Ausland" erwartet, so „Pro NRW"-Generalsekretär Markus Wiener.

Am Wochenende zuvor will „Pro Köln" eine Kundgebungstour in Köln durchführen. Diese soll am 14. August um 18 Uhr auf dem Roncalliplatz beginnen und am 15. August um 10 Uhr auf dem Liverpooler Platz im Stadtteil Chorweiler fortgeführt werden. Um 13 Uhr will man dann auf dem Wiener Platz im Stadtteil Mülheim sein und um 16 Uhr vor der Baustelle des Neubaus der Moschee in Ehrenfeld. *hma* ■

Keine Rassisten ins Leverkusener Rathaus!

Leverkusen. Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. fordert die politisch Verantwortlichen auf, alles zu unternehmen, um eine Zusammenrottung dieser „Bürger" am 21.8. zu verhindern. Bei der Polizei wurde prophylaktisch, noch ehe die genauen Termine und Orte bekannt waren, Gegenaktivitäten angemeldet. Die Parteien, die zum Rat der Stadt kandidieren, wurden gebeten, die von der Kulturvereinigung herausgegebenen Plakate „Keine Rassisten ins Leverkusener Rathaus wählen" und „Pro NRW - NEE!" mit auf ihren Plakattafeln zu kleben, um das gemeinsame Anliegen zu unterstreichen,



Seit mehreren Monaten hängt am Haus der Kulturvereinigung Leverkusen e.V. dieses Transparent aus

wie dies schon teilweise geschehen ist. Die Plakate können kostenfrei bei der Kulturvereinigung Leverkusen, Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen Tel. 0214-8669725 abgeholt werden.

Manfred Demmer, Kulturvereinigung Leverkusen e.V ■.

„Pro Köln" erneut vor Gericht gescheitert

KÖLN. „Pro Köln" hat eine erneute juristische Niederlage erlitten: Mit Beschluss vom 8. Juli bestätigte das Oberverwaltungsgericht Münster ein früheres Urteil, dass die Nennung der „Bürgerbewegung" in den NRW-Verfassungsschutzberichten 2005 und 2006 rechtmäßig war.

Damit stützt das oberste Verwaltungsgericht von NRW die Einschätzung des NRW-Innenministeriums, dass „pro Köln" auf Grund seiner „allgemeinen und pauschalen Diffamierung von Ausländern im Verdacht steht, gegen die Menschenwürde zu verstoßen". Funktionäre von „pro Köln" stellten Zuwanderer wegen ihrer Abstammung oder Religionszugehörigkeit als kriminell oder nicht integrierbar dar, so das Oberverwaltungsgericht. Zudem verunglimpften sie die Lebensweise von Homosexuellen und setzten sie in einer die Menschenwürde berührenden Art und Weise herab.

Innenminister Ingo Wolf betonte, dass „pro Köln" auch weiterhin beobachtet werden müsse, um auf Gefahren für die Verfassung frühzeitig reagieren zu können. Die Organisation versuche „sich in einem bürgerlichen Gewand zu tarnen." Dabei müssten insbesondere die kooperativen Kontakte der „Bürgerbewegung" zu anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen ins Visier genommen werden, so Wolf.

Pro-Köln Funktionär Markus Beisicht hat bereits angekündigt, bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen zu wollen. Die Stigmatisierung seiner Partei sei unrechtmäßig; die juristische Entscheidung bezeichnete er als „Skandalurteil". Die pro-Bewegung stehe „unzweifelhaft auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung."

Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger 11./12. Juli 2009 ■

Gemeinsame Tagung

BAD LAUTERBERG. Die „Jungen Witikonen" des extrem rechten sudetendeutschen „Witiko-Bund" und die „Schlesische Jugend" der „Landsmannschaft Schlesien" wollen vom 2. bis 6. September ihre zweite „Deutschlandpolitische Akademie" in Bad Lauterberg durchführen.

Das Thema der Tagung, die u.a. in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa" beworben wird, ist „Strategisches Handeln im volkstreuen Bereich". Gernod Kresse, Bundesvorsitzender der „Schlesischen Jugend" und zugleich stellvertretender Vorsitzender der „Jungen Witikonen" wurde – auf Vorschlag von Rudi Pawelka – erst kürzlich in den Vorstand der „Landsmannschaft Schlesien" gewählt. *hma* ■

Naziaufmarsch in Mauer bei Heidelberg (fast) verhindert…

HEIDELBERG. Für den 4.7.09 hatte die Aktionsgruppe Rhein Neckar kurzfristig einen Aufmarsch unter dem Motto „Härtere Strafen für Kinderschänder" angemeldet. Unterstützt wurde der Aufruf vor allem von Kameradschaften und NPD aus der Rhein Neckar Region und Karlsruhe.

trotz kurzfristiger Mobilisierung fanden sich immer mehr BürgerInnen und einige Antifas am Bahnhof ein, wo die Nazidemo um 13 Uhr beginnen sollte. Eine erste Blockade direkt am Bahnhof wurde nach einer Stunde freiwillig geräumt und hundert Meter nach hinten auf eine Brücke verlegt, wo sich die Blockierenden entschlossen, auch bei Räumungsaufforderung zu verharren.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren an die 40 Faschos eingetroffen – fast alle aus der Rhein Neckar Region. Diese mussten dann für 4 Stunden unter knallender Sonne ohne Getränke auf dem Bahnhofsvorplatz stehen bleiben, während die Menge der Blockierenden auf 200 Menschen anwuchs. Sie wurden von einem Getränkehändler mit Wasser versorgt, es wurden Parolen gerufen und ein linker Liedermacher unterhielt die Leute mit Musik. Um 17 Uhr wurde bekanntgegeben, dass die Faschos einmal um die Häuser am Bahnhof laufen dürfen, ohne das eigentliche Dorf Mauer zu betreten.

Insgesamt ein richtig guter Tag für AntifaschistInnen: Die Nazis in der Sonne gegrillt, ohne ihr Ziel zu erreichen, gleichzeitig ein gutes Zusammenspiel von den wenigen Antifas und den total motivierten BürgerInnen.

Antifaschistischer Schutzwall Mauer. http://linksunten.indymedia.org/de/node/8600 ■

Erneuter rassistischer Überfall in Ludwigshafen

LUDWIGSHAFEN. In der Nacht des 30.6. auf den 1.7. gegen 2.30 Uhr stieg ein Mann aus Kenia an der Bushaltestelle in Rheingönheim aus dem Bus. Es kam ihm eine Gruppe von 4-5 jungen Männern entgegen, die ihn zu Boden stießen. Sie traten den am Boden Liegenden brutal mit Füßen. Dabei schrien sie rassistische Parolen wie: „Ausländer raus". Ein vorbeifahrendes Auto hielt an und die Gruppe flüchtete. Der Fahrer des Wagens rief die Polizei und einen Krankenwagen. Der angegriffene Mann wurde glücklicherweise nicht lebensgefährlich verletzt. Er erlitt schmerzhafte Prellungen vor allem im Rippenbereich. Dieser Überfall spät in der Nacht wurde ganz in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft verübt. Es ist daher zu befürchten, dass es sich um einen gezielten Überfall handelt.

Die Flüchtlingsunterkunft in Rheingönheim liegt weit entfernt von der Innenstadt und in einer abends und nachts menschenleeren Gegend.

Weil die sichtbare und diskriminierende Ausgrenzung erfahrungsgemäß rassistische TäterInnen in ihrem bornierten Weltbild bestärkt und sie zu Gewalttaten gegen Menschen anderer Hautfarbe, Sprache und Nationalität ermuntert, fordern wir jetzt von der Ludwigshafener Stadtverwaltung: – die schnelle Aufklärung der Tat, die Bestrafung der Täter und ein konsequentes Vorgehen gegen rassistische und faschistische Aktivitäten jeglicher Art; – die rasche längst fällige Unterbringung von Flüchtlingen – ganz gleich welchen Aufenthaltsstatus sie haben – in normalen städtischen Wohnungen; – die Schließung aller Lager und menschenunwürdiger Unterkünfte.

Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim, www.buendnisgegenabschiebungenmannheim.com ■

Mit Film gegen Neonazis

BAD NENNDORF. Wie in den AN Nr. 13 berichtet, wollen „Freie Kameradschaften“ am 1. August in Bad Nenndorf demonstrieren.

Spiele unter Flutlicht sind für den Fußballprofi Arnold Bruggink keine Seltenheit, aber ein nächtlicher Dreh in der menschenleeren AWD-Arena hat für den 96-er-Spieler aus den Niederlanden schon „ein besonderes Flair“. Vor allem, weil es sich um ein bedeutsames Anliegen handelt! Wir Fußballer müssen zeigen, wofür wir stehen“, sagt Bruggink. Der Kicker spielt eine Hauptrolle im neuen Spot gegen Rassismus und Rechtsextremismus des hannoverschen Regisseurs Daniel Bertram. Der Film heißt „Bad Nenndorf: 11.000 Einwohner – 80 Millionen Demokraten“. Auftraggeber für den Film ist das Staatsbad Bad Nenndorf, das die Leute über die Grenzen des Ortes hinaus bewegen will, sich der Gegendemonstration am 1. August anzuschließen.

Am 1. August ruft die Nationale Offensive Schaumburg zum vierten Mal zum „Trauermarsch“ auf. Ziel der immer größer werdenden Gruppe Rechtsextremer ist das Wincklerbad, das die britische Militärregierung nach dem Krieg als Internierungslager nutzte – für die Neonazis ein willkommener Wallfahrtsort. Bis 2030 haben sie „Trauermärsche“ angemeldet.

Der Landkreis Schaumburg, der DGB und ver.di sowie die Bad Nenndorfer Firma „Möbel Heinrich“ beteiligen sich an den Dreharbeiten. Das Ergebnis soll erstmals am 29. Juli im NDR-Fernsehen zu sehen sein, direkt vor dem Freundschaftsspiel zwischen Arsenal London und Hannover 96. Zum Inhalt verrät der Regisseur: „Wir klauen den Neonazis die Farbe braun“. Der Spot soll die Menschen berühren. So wie der erste Film „Ein Herz – ein Ziel“, der vor jedem 96-Spiel über die Leinwand in der AWD-Arena gezeigt wird. *bee, Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 08.07.2009* ■

Katholische Fundamentalisten lassen nicht locker

Im Januar dieses Jahres machte die rechtsextreme Strömung aus katholischen Fundamentalisten, die vor gut zwanzig Jahren unter ihrem damaligen geistlichen Anführer Marcel Lefebvre (verstorben 1991) aus der katholischen Amtskirche ausgeschlossen worden war, erheblich von sich reden. Das damalige Timing lief aus Sicht der Kirchenoberen in Rom denkbar schlecht. Denn in derselben Woche, in der bekannt wurde, dass die römisch-katholische Kirche die Exkommunikation ihrer „Dissidenten“ am rechten Rand aufhebe, wurden Holocaust leugnende Äußerungen des fundamentalistischen „Bischofs“ Richard Williamson bekannt. Der britische, damals in Argentinien lebende Lefebvre-Anhänger hatte in Interviews offen behauptet, es sei eine Lüge, dass Juden in Gaskammern ermordet worden seien. Williamson war einer der vier „Bischöfe“, wegen der unautorisierter „Weihe“ Lefebvre damals (1988) aus der Amtskirche ausgeschlossen worden war. (AN berichteten)

Vor kurzem nun zogen die Lefebvristen unterdessen eine neue „Provokation“ durch, wie die Pariser Abendzeitung Le Monde (vom 3.6.2009) ihr Vorhaben qualifizierte. Am Montag, den 29. Juni dieses Jahres weihten die katholischen Fundamentalisten an ihrem Hauptsitz im westschweizerischen Ecône acht neue Priester. Die Zeremonie wurde durch ihren derzeitigen Oberhirten Bernard Fellay durchgeführt. Dies leitet de facto eine neue Kraftprobe mit der katholischen Amtskirche ein – denn zwar hat man in Rom zu Anfang des Jahres die Exkommunikation gegen mehrere Anführer der Lefebvristen aufgehoben, aber man hat ihnen nicht kirchenrechtlich ihre Ämter anerkannt. Das bedeutet, dass, unter formal kirchenrechtlichen Gesichtspunkten, die fundamentalistischen „Bischöfe“ zwar nicht länger aus der Kirche als „Gemeinschaft der Gläubigen“ ausgeschlossen – aber eben auch keine rechtskräftig amtierenden Bischöfe sind. Insofern besitzen sie auch keinerlei Vollmacht dazu, etwa Priesterweihen zu feiern. Abzuwarten bleibt, wie Rom darauf reagieren wird.

Zuvor hatten die Lefebvristen ihre „Stärkedemonstration“, wie die bürgerliche Presse es bezeichnet, erfolgreich absolviert. Alljährlich führen die katholischen Fundamentalisten eine „Wallfahrt“ – zu Fuß - von Chartres in die Hauptstadt Paris durch. Auf der Strecke von circa 80 Kilometern tragen erwachsene Männer dabei schwere Holzkreuze. Am diesjährigen Pfingstwochenende (vom 30. Mai bis 1. Juni 2009) waren die Anhänger erneut annähernd 10.000. Die Behörden hatten ihnen die Genehmigung für einen Aufstieg zu der Kirche Sacré-Coeur – die zu Ende des 19. Jahrhunderts durch die damalige äußerste Rechte, als „Sühne für die Sünden der Commune de Paris“ und als Zeichen des Triumphs über die Kommune, politisch favorisiert und in Auftrag gegeben worden war – auf dem Hügel Montmarte im Pariser Norden verweigert. Deswegen konnten die katholischen Fundamentalisten nicht ganz Paris in einer Prozession durchziehen, sondern blieben, nach ihrer Ankunft (von Westen her), in der westlichen Innenstadt. Unter freiem Himmel feierten sie dort ihre Messe vor dem Invaliden-Dom, und lieferten der Presse ein paar beeindruckende Bilder von ihrem Aufmarsch.

Aus der Prozession heraus interviewte Teilnehmer sprachen sich dafür aus, dass es endlich „einen wirklich katholischen Papst und eine wirklich katholische Regierung“ geben müsse. Die Menschenrechte seien abzulehnen, da der Dekalog (die Zehn Gebote) als Grundgesetz für das menschliche Zusammenleben genüge. Regierende wie Fußvolk hätten gefälligst die Gebote Gottes einzuhalten, wozu das strikte Verbot der Abtreibung gehöre. Dreißigjährige Priester trauerten dort der früheren französischen Monarchie – als mit Gott und der „natürlichen Moral“ im Einklang stehender Herrschaft – nach, während einhellig das „Vordringen des Islam“ in Frankreich (und damit eines konkurrierenden Wahrheits-Anspruchs) beklagt wurde. *Bhs* ■

Küssel und Schimanek bei deutschen Neonazis

ÖSTERREICH. Schon länger gibt es Anzeichen, dass im Verlauf der jüngsten Restrukturierung der österreichischen Neonaziszene auch alte Kader der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) wieder aktiv werden. Nun sind zwei ehemalige Anführer der VAPO gemeinsam öffentlich in Erscheinung getreten: Gottfried Küssel und Hans-Jörg Schimanek jun. sprachen am 6. Juni bei den Freien Kräften in Leipzig über das „Deutschtum in Österreich“.

Laut Freies Netz Altenburg ließ sich Schimanek über das NS-Verbotsgesetz, welches dem „politischen Kampf“ in Österreich enge „Grenzen“ setzt, aus. Als Beispiel führte er das Schicksal Gerd Honsiks an: Dieser sei kein Neonazi, sondern habe sich bloß „mit Geschichte auseinander[gesetzt]“. Küssel holte weiter aus und begann seinen „Vortrag sinnvoll bei gleicher Abstammung und Völkerwanderung“, um bei der Diagnose eines „Genozids“ des deutschen „Volkstums“ in Österreich zu enden. Hätten 1938 noch „99,7 % der Ostmark“ für den „Anschluss“ gestimmt, so würden sich heute nur mehr 4,3 % der ÖsterreicherInnen „als Deutsche“ sehen. Abschließend betonte Küssel den „Nutzen der charakterfesten Kräfte“ in der FPÖ, welche vor allem „als Medium“ für die ansonsten unter Strafandrohung stehende politische Betätigung zu sehen sei.

Neues von ganz rechts - Juni 2009
www.doew.at ■

Korrektur zu AN 13:

Leider fehlte durch ein drucktechnisches Problem der letzte Satz des Artikels auf Seite 8 sowie der Autor. Es musste heißen:

Auf ihrer Präsidiumssitzung (der Sozialdemokratie) wurde dem kritischen Landeshauptmann Franz Voves eine Kopfwäsche verpasst.

Hermann Dworczak

4000 Neonazis auf NPD-Fest

Größte Neonaziveranstaltung nach 1945 in Thüringen

Gera. Der gestrige Tag, (Samstag der 11. Juli), sprengte alle Befürchtungen. Vorher geschätzte Zahlen von bis zu 1000 und später 2500 Neonazis wurden weit übertroffen. Auf dem NPD-Fest „Rock für Deutschland" versammelten sich am Ende 4000 Neonazis aus Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande, Österreich, Schweiz und anderen Ländern. Es war damit die größte Neonaziveranstaltung nach dem zweiten Weltkrieg in Thüringen und das bundesweit größte Neonazifest nach dem Deutsche Stimme Pressefest 2006.

Der Stadtteil Debschwitz glich den gesamten Tag über einer „National Befreiten Zone". Ganze Straßenzüge waren voller Neonazis. Teilweise wurden diese in Hundertergruppen von der Polizei durch die Stadt zur Spielwiese eskortiert, auf der sich die NPD versammelte. Die Polizei war sichtlich überfordert, was bei der Abreise erneut deutlich wurde. Umliegende Straßen und beide Bahnhöfe waren mit Neonazis überfüllt. Kleinere Gruppen konnten bis in die Nacht hinein umherziehen und unter anderem in der Kneipe „Toto's Treff" feiern.

Weniger zurückhaltend verhielt sich die Polizei gegenüber dem Antifa-Block auf der Demonstration des Bürgerbündnisses. Von Beginn an war dieser von einem Spalier umgeben und abgeschirmt. Später ankommende Teilnehmer(innen) wurden nicht mehr hineingelassen. Als die Demonstration auf dem Rückweg in die Stadt die Heinrichsbrücke überquerte, kam es zu ersten Auseinandersetzungen. Die Aufstandsbekämpfungseinheit USK aus Bayern prügelte in den hinteren Teil des Blocks und verletzte mehrere Demonstrant(innen).

Die Polizei versuchte die Demonstration auf schnellstem Wege wieder in die Innenstadt zu treiben, um für einen störungsfreien Ablauf des Neonazifests zu sorgen. Die Geraer Verkehrsbetriebe (GVB) sorgten mit aufgestellten Straßenbahnen dafür, dass jeder Protest in Sichtweite unmöglich gemacht wurde.

Auf der Kreuzung zwischen Heinrichsbrücke und Südbahnhof initiierten das Aktionsbündnis Kabelbruch und das Aktionsnetzwerk Jena eine Sitzblockade, um die Anreise weiterer Neonazis zu behindern. Diese konnte jedoch durch die Unentschlossenheit des Bürgerbündnisses Gera nicht aufrecht erhalten werden. Schon bei Beginn der Sitzblockade wurden daran Teilnehmende zum Aufstehen aufgefordert und als unfriedlich bezeichnet. Noch bevor von der Polizei auch nur eine Aufforderung kam die Blockade zu räumen, riefen Verantwortliche des Bürgerbündnisses selbst dazu auf.





Auf der Abschlusskundgebung sprach das Bürgerbündnis von einer erfolgreichen und friedlichen Demonstration mit 700 Teilnehmer(innen). Diese hätte gezeigt, dass Gera bunt, tolerant und weltoffen sei. Auch sei es erfreulich, dass die Polizei sich auf dem Abschlusskundgebungsplatz unter die Teilnehmer(innen) gemischt habe.

Wer von bunt, tolerant und weltoffen spricht, während in Debschwitz 4000 Neonazis feiern, verkennt entweder vollkommen die Realität oder versucht sich die Situation bewusst schönzureden. Das Fest ist mittlerweile zur Pilgerstätte der Neonazis geworden, die NPD sitzt im Stadtrat und alltägliche Angriffe nehmen zu. Hätten antifaschistische und linke Gruppen aus Gera und anderen Städten nicht an der Demonstration teilgenommen, wäre diese zur reinen Makulatur geworden. Der gestrige Tag war ein Armutszeugnis für die Stadt.

aus Bericht der Antifa Aktion Gera [AAG] ■



VVN-BdA Köln/Bonn bei der RhEINKULTUR

Bonn. Am 4.7.2009 fand in Bonn zum 27. Mal die RhEINKULTUR statt. Deutschlands größtes eintrittsfreies Open-Air Festival konnte in diesem Jahr mit ca. 170.000 Besuchern aufwarten. Die VVN-BdA Köln/Bonn war ebenfalls vertreten und teilte sich einen Infostand mit der FAU und der ASJ. Infomaterial und Werbemittel zur nonpd-Kampagne der VVN-BdA wurden verteilt und auf Grund des regen Zuspruchs vieler Besucher konnten zahlreiche Gründe für ein NPD-Verbot gesammelt werden.

Gerade viele Jugendliche zeigten sich sehr interessiert an der Kampagne, da sie teilweise in ihren Wohnorten mit der Problematik unmittelbar konfrontiert sind. So bot sich viel Stoff für informative Gespräche auf beiden Seiten. Alles in allem, nicht nur auf Grund des guten Wetters, ein gelungener Tag. *mib* ■

Rieger gründet KdF-Verein in Wolfsburg

Am Samstag, dem 4. Juli 2009 trafen sich in Wolfsburg etwa 100 Nazis aus mehrere Bundesländern, unter ihnen der extrem rechte Anwalt Jürgen Rieger zur Gründung eines „Kraft durch Freude"-Museumsvereins..

Der neu gegründete „KdF-Museum e.V." beschäftigt sich mit der nationalsozialistischen Organisation „Kraft durch Freude", die Freizeitaktivitäten organisierte, um die ArbeiterInnenschaft in die faschistische Volksgemeinschaft zu integrieren. Die geplante Errichtung eines Museums zu diesem Thema in einem von NPD-Vize Rieger hierfür angemieteten Wolfsburger Gebäude, wurde dabei von der Stadt aus baulichen Gründen untersagt.

Die Vereinsgründung sollte am Samstag Abend stattfinden. Unter den Teilnehmern befanden sich auch zahlreiche Mitglieder der örtlichen Nazivereinigung „Bürgerinitiative für Zivilcourage", die schon seit mehreren Jahren extrem rechtes Gedankengut in Wolfsburg verbreitet.

Gegen die recht spät in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Pläne der Nazis, regte sich leider nur recht spärlicher zivilgesellschaftlicher Protest. Zu einer am Samstag stattfindenden Kundgebung riefen neben der örtlichen Gewerkschaft und der VVN/BdA auch Antifagruppen aus Wolfsburg und Braunschweig auf. Etwa 100 Teilnehmer nahmen an der Veranstaltung direkt vor dem Gebäude teil.

Junge Nazis provozierten, indem sie ein Transparent mit der Aufschrift „Stadt des KdF-Wagens" aus einem Fenster heraus an der Naziimmobilie befestigten. Erst nach dem Ende der Kundgebung konnten sie das Gebäude verlassen.

Gegen ca. 15.30 griffen etwa 30 Faschisten 7 Journalisten an, die sich vor dem Gebäude befanden. Bei diesem Vorfall wurde eine Person durch einen Flaschenwurf verletzt. Die Aktion wurde durch die Polizei beendet. Ein Nazi wurde festgenommen.

Damit waren die faschistischen Umtriebe an diesem Tag jedoch leider noch nicht beendet. Am Abend verwandelten in der Stadt herumströmende Nazigruppen die Innenstadt kurzweilig in eine national befreite Zone. Im Verlaufe des Abends kam es zu einem Übergriff auf einen vermeintlichen Ausländer.



Dies verdeutlicht wieder einmal, dass die Nazis nicht nur eine menschenfeindliche und irrationale Ideologie predigen sondern diese auch gewaltätig auf der Straße umsetzen und damit auch eine akute Gefahr für all jene darstellen, die nicht in ihr beschränktes Weltbild passen.

AIW Antifaschistische Initiative Wolfsburg, A.G.B. Antifaschistische Gruppe Braunschweig ■

Die Fraktion DIE LINKE im niedersächsischen Landtag äußerte sich am 6.7.2009 zu dem Neonazitreffen:

„Landesregierung mitverantwortlich für dreistes Auftreten von Neonazis in Niedersachsen"

DIE LINKE wirft der Landesregierung vor, mitverantwortlich zu sein für das dreiste Auftreten von Neonazis am Wochenende in Wolfsburg. „Wer wie die Landesregierung Neofaschismus im Land verharmlost, Kameradschaften ungehindert agieren lässt und sich einem neuen NPD-Verbotsverfahren verweigert, der muss sich nicht wundern, wenn Neonazis verstärkt den öffentlichen Raum besetzen", sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. Sie kritisierte außerdem die Ahnungslosigkeit des Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund im Innenministerium. „Der Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger hat monatelang über die Immobilie in Wolfsburg verhandelt, doch den Sicherheitsbehörden war darüber nichts bekannt", sagte Zimmermann.

Kritik übte sie auch am Einsatz der Polizei. „Die Polizisten sind nicht unverzüglich eingeschritten, als rund 30 Neonazis mehrere Fotojournalisten attackiert haben – das belegen mehrere Fotos", so Zimmermann. Dieser Angriff sei besonders erstaunlich, da eine große Anzahl von Polizisten vor Ort gewesen sei. Zimmermann kündigte an, im Landtag eine parlamentarische Initiative zu den Vorgängen in Wolfsburg auf den Weg zu bringen.

Quelle: DIE LINKE im nds. Landtag 06.07.09 ■

Faßberg: Hotel offenbar an Rieger verpachtet

Celle. Der rechtsextreme Anwalt Jürgen Rieger hat nach langem Tauziehen das leer stehende Hotel Gerhus in Faßberg (Landkreis Celle) nun offenbar gepachtet. Er habe einen Vertrag über zehn Jahre mit den Hoteleigentümern abgeschlossen, sagte Rieger am Freitag und bestätigte damit einen Bericht der „Celleschen Zeitung". Demnach sind die Verhandlungen über den Verkauf des Hotels geplatzt: Die Eigentümerfamilie soll das Kaufangebot eines möglichen Investors abgelehnt haben.

Die Gemeinde, die das Vorkaufsrecht für die Immobilie hat, und der Landkreis wollen jedoch weiterhin verhindern, dass sich Rechtsextreme dort ansiedeln. Landrat Klaus Wiswe (CDU) sieht nun eine Klage als einzig verbleibende Option.

Rieger betonte, er wolle das Landhaus noch immer kaufen. Er werde auf eine Versteigerung des Anwesens noch in diesem Herbst drängen und dort mitbieten. Dadurch solle das Vorkaufsrecht außer Kraft gesetzt werden. Die Immobilie solle weiterhin als Hotel betrieben werden. Darüber hinaus seien dort rechte Schulungen, NPD-Tagungen und auf dem dazugehörigen Campingplatz auch Jugendlager geplant.

Eigentlich schien der rechte Anwalt beim Hotelverkauf längst aus dem Rennen zu sein. Nachdem Rieger angekündigt hatte, das Hotel kaufen zu wollen, hatten Kreis und Gemeinde nach Alternativen gesucht. Es wurden bereits Gespräche mit einem möglichen Investor geführt, der in dem Landhaus ein Heim für seelisch Kranke einrichten wollte. Diese Verhandlungen sind nun offenbar gescheitert.

Der Eigentümerfamilie sei der gebotene Preis von 750.000 Euro zu gering gewesen, sagte Rieger. Deshalb hätten sich die Hotelbesitzer wieder an ihn gewandt.

Jürgen Rieger, der durch eine rechtsextreme Stiftung über erhebliche Geldmittel verfügt, hat bereits mehrere Auseinandersetzungen mit Kommunen und aufgebrachten Bürgern hinter sich.

Quelle: www.netz-gegen-nazis.de und Evangelischer Pressedienst (epd) ■

Der FN nach den Rathauswahlen in Hénin-Beaumont und Perpignan:

„Cheftochter“ Le Pen gestärkt, Partei insgesamt noch nicht

Die Anhänger der extremen Rechten können sehr schlechte Verlierer sein: Kaum war der parteiunabhängige Mitte-Links-Kandidat Daniel Duquenne am Abend des 5. Juli zum Bürgermeister der nordostfranzösischen früheren Bergbaustadt Hénin-Beaumont gewählt worden, attackierten „Unbekannte“ ihn in der Wahlnacht mittels einer Tränengasgranate. Duquenne, dem die Granate zwischen die Füße fiel – er erklärte wenige Tage später in einem Interview: „Ich glaubte (im ersten Moment), mein Tod stehe bevor“ – wurde daraufhin schleunigst in einem Auto evakuiert. Eine rechtsextreme Sympathisantin und Wählerin aus der Stadt wird daraufhin durch die Nachrichtenagentur AFP mit den Worten zitiert: „Es gibt keine Aussöhnung, wir werden Hénin-Beaumont ohnehin verlassen!“

Unterdessen hielt die Polizei antifaschistische Demonstranten vom, teilweise kahlgeschorenen, Ordnerdienst im örtlichen Büro des Front National (FN) fern – und umgekehrt. Duquennes Ordnerdienst prügelte sich in einiger Entfernung mit „aufdringlichen Fernsehjournalisten“ herum, die in Scharen in die 26.000-Einwohner-Stadt im früheren französischen Bergbaurevier geeilt waren. Denn bis am Abend des 5. Juli sah es so aus, als habe die extreme Rechte in Gestalt des FN gute Aussichten, die dortige Rathauswahl in der entscheidenden zweiten Runde zu gewinnen. Die beschriebenen Szenen drücken aus, welch starke Anspannung bis in den späten Wahlabend hinein in Hénin-Beaumont vorherrschte.

Die Liste des rechtsextremen Front National (FN) hatte im ersten Wahlgang, der am 28. Juni stattfand, 39,43 % erhalten und war damit in Führungsposition gelegen. Ihm gegenüber traten die anderen Parteien, vor allem jene des eher linken Lagers – das allein fünf Listen aufgestellt hatte – zersplittert auf. Die parteiunabhängige Liste des früheren Sozialdemokraten Duquenne lag mit 20,1 % auf dem zweiten Platz, auf dem dritten landete eine Bündnisliste der Linksparteien, deren Spannbreite von der französischen KP bis zur christdemokratisch-liberalen Zentrumspartei MoDem reichte. Sie erhielt 17 Prozent. Die konservative Pariser Regierungspartei UMP landete mit 4,3 Prozent weit abgeschlagen.

In der Stichwahl acht Tage später erhielt die Liste des FN dann 47,62 % der abgegebenen Stimmen, jene des Mitte-Links-Kandidaten Daniel Duquenne hingegen 52,38 %. Die rechtsextreme Kandidatur, angeführt vom örtlichen Parteiaktivisten Steeve Briois als Spitzenkandidaten und „Cheftochter“ Marine Le Pen auf dem zweiten Listenplatz, lag um 530 Stimmen hinter der ‚Alliance Républicaine’ von Duquenne zurück. Das bedeutet, dass 265 Stimmen den Ausschlag gegeben haben.

Beobachter/innen hielten es im Vorfeld zunächst für möglich, dass der FN sich eventuell durchsetzen könne. Die örtliche Linke war in den vergangenen Monaten durch Korruptionsskandale erschüttert worden, Ex-Bürgermeister Gérard Dalongeville sitzt seit dem 9. April wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung im Gefängnis.

Perpignan: Nicht gestärkt trotz „Socken-Affäre“

Nicht überall hingegen läuft es aus Sicht des FN so gut wie derzeit in Hénin-Beaumont. Auch im südwestfranzösischen Perpignan mussten, am 21. Juni und am 28. Juni (Stichwahl), die Kommunalwahlen vom März 2008 wiederholt werden; in diesem Falle aufgrund von nachgewiesenem Wahlbetrug beim vorausgegangenen Urnengang. Im Hintergrund steht die berühmte „Socken-Affäre“: Ein Wahlhelfer des amtierenden Bürgermeisters Jean-Paul Alduy war damals bei der Auszählung der Stimmen mit Wahlzetteln zugunsten des Amtsinhabers Alduy in den Strümpfen angetroffen worden…

Aliot-Wahlwerbung in Perpignan

Auch hier trat ein hochrangiger Parteifunktionär des FN an, dessen 40jähriger Generalsekretär Louis Aliot – und machte sich große Hoffnungen betreffend seiner Wahlchancen.

Jedoch, nichts war’s, aus der Traum: Von 12,3 %, die Louis Aliot mit seiner Liste im März 2008 im ersten Wahlgang erhalten hatte, purzelte er bei der diesjährigen Kommunalwahl herunter auf 9,42 %. Dadurch, dass seine Liste unterhalb der Zehn-Prozent-Schwelle blieb, konnte sie weder ihre Kandidatur in der Stichwahl aufrecht erhalten, noch wird sie künftig im Stadtrat von Perpignan vertreten sein. Hingegen sicherte sich Amtsinhaber Alduy, an der Spitze der konservativ-liberalen Rechten, einen Triumph und erhielt 40,35 % im ersten Durchgang. Die Stichwahl gewann er daraufhin mit 53,34 % souverän, gegenüber zwei rivalisierenden Listen, die beide gegen ihn in die Stichwahl gezogen waren (Sozialdemokratie und KP einerseits, Grüne und Zentrumspartei MoDem auf der anderen Seite).

Eine Erklärung dafür, dass einerseits der Stimmenanteil des FN gegenüber dem Vorjahr noch abgesunken ist, andererseits aber der Rathauschef Alduy trotz heftigen Skandals so haushoch gewann, liegt – neben anderen Aspekten – darin, dass die Liste der lokalen UMP ebenso weit rechts stand: Ihr ist es u.a. gelungen, das rechtsextreme Wählerpotenzial weitestgehend an sich zu ziehen und bei der UMP zu binden. Dieses ist in Perpignan im Prinzip nicht unbedeutend, da es dort ein gefestigtes ‚Pied Noirs‘-Milieu gibt, also ein aus früheren Kolonialsiedlern im einstigen „Französischen Algerien“ Quasi-„Vertriebenenmilieu“.

In diesen Kreisen werden oft rechte Revanchegelüste gehegt; wenngleich sich die Prägung durch die historische Erfahrung der Aussiedlung aus Nordafrika, nach der algerischen Unabhängigkeit, in jüngerer Zeit eher abgeschwächt hat. In den 1980er und 1990er Jahren konnte der FN noch einen Gutteil des Wählerstimmenreservoirs aus diesen ‚Pieds Noirs’-Milieus, die seit 1962 vor allem entlang des Mittelmeerbeckens von Perpignan im Westen bis Nizza im Osten angesiedelt sind, für sich gewinnen. Doch seit Anfang/Mitte dieses Jahrzehnts ist es der konservativen Rechten unter Nicolas Sarkozy großenteils gelungen, es zu ihren Gunsten umzulenken.

→

Fortsetzung von Seite 7

Der neu hergestellten, aber anscheinend stabil bleibenden Hegemonie des konservativen Bürgerblocks über dieses spezifische Milieu ist es zu verdanken, dass der FN in Perpignan jüngst so schwach abschnitt, während umgekehrt die bürgerliche Rechte trotz übelriechender Affären weiterhin auf der Gewinnerstraße blieb.

Ein von „Dissidenten" des FN rund um Carl Lang am vergangenen Donnerstag (9. Juli) im Internet gestreutes Gerücht, Louis Aliot habe seinen Kündigungsbrief als Generalsekretär des FN empfangen (vgl. http://www.france42.info/article-33618116.html), erwies sich als unbegründet. Die Partei und Aliot selbst dementierten jedenfalls im Laufe des Tages und bezeichneten die Nachricht als haltlos. (Vgl. http://www.nationspresse. info/?p=50775)

Vorläufiges Fazit

Die starken Unterschiede im Abschneiden des FN in der nord- und der südfranzösischen Stadt belegen die Richtigkeit der These, dass die frühere Wählerschaft der rechtsextremen Partei sich im Wesentlichen in zwei Hälften zerlegt. Seit zwei bis drei Jahren steckt der FN in einer sehr schweren inneren Krise, weil er die Nachfolgefrage für den alternden Jean-Marie Le Pen nicht lösen konnte – und auch nicht das Strategieproblem, das daraus resultiert, dass ein selbst weit nach rechts gerückter konservativer Block seinen Spielraum verringern konnte. In dieser Situation ist dem FN vor allem seine bisherige Arbeiterwählerschaft, die er oft erst in den neunziger Jahren aufgrund der damaligen Krise der Linken nach 1989 errungen hatte, verblieben.

Hingegen ist seine frühere kleinbürgerliche und mittelständische Wählerschaft zum Gutteil zu den Konservativen unter Sarkozy abgewandert. Sofern diese Wähler vom Präsidenten enttäuscht sind, flüchten sich viele von ihnen nun seit kurzem in die Wahlenthaltung. (Was beispielsweise bei der Europaparlamentswahl vielfach der Fall war: Dort sank der Stimmenanteil des konservativen Blocks rund um die UMP oft dort – gegenüber 2007 - besonders wieder ab, wo Sarkozy vor zwei Jahren massiv Stimmen von früheren FN-Wähler/inne/n gewonnen hatte. Vgl. http://www.delitsdopinion.com/2experts/2007-2009-les-evolutions-du-sarkozysme-electoral-1345/)

Aber sie kehren, bisher jedenfalls, nicht zum Front National zurück.

Bernhard Schmid, Paris ■

Ehemals FN, MNR und MPF – jetzt Sarkozy-Anhänger

Die französische Regierungspartei UMP nimmt Guillaume Peltier als neues Mitglied auf. Der junge Mann hat in den letzten knapp 15 Jahren alle größeren Rechtsaußenparteien durchlaufen.

Da sage noch mal eine/r, man könne heute keine politischen Karrieren mehr aufbauen! Guillaume Peltier, 32, Chef eines Unternehmens – einer Agentur für „politische Kommunikation" – und Vater zweier Kinder, jedenfalls fiel auf der Karriereleiter steil nach oben. Nachdem der ehrgeizige Jungpolitiker sein Talent einige Jahre lang in kleineren oder größeren Rechtsaußenparteien verschwendete – die zumindest in absehbarer Zeit nicht an der Ausübung politischer Macht teilhaben dürften –, hat er nun einen bedeutenden Schritt in Richtung Fleischtöpfe der Regierungsmacht unternommen.

1995 tritt Guillaume Peltier, damals 19-jährig, dem Front National bei. Zuvor hatte er an mehreren öffentlichen Veranstaltungen der rechtsextremen Partei teilgenommen. Ab da macht er Karriere in der Jugendorganisation des FN, dem FNJ, und im Jahr 1998 wird ihm die Leitung einer rechtsextremen Studenten„gewerkschaft" – des „Forum étudiant" („Studentisches Forum") – angetragen. Er lehnt jedoch ab, aber nur deswegen, weil er einer bereits fest etablierten Studentenvereinigung der extremen Rechten (dem RE, Renouveau étudiant oder „Studentische Erneuerung") keine Konkurrenz bereiten möchte. Bei der darauf folgenden Spaltung der Partei in Anhänger von Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret, im Winter 1998/99, ergreift Peltier Partei für die Mégret-Anhänger. Deren Lager scheint zunächst aussichtsreicher zu sein, was sich jedoch als historischer Irrtum erweisen wird. Im Frühjahr 1999 wird ihm die Spitze der Mégret-nahen Jugendorganisation MNJ (Mouvement national de la jeunesse) angeboten. Doch im September desselben Jahres wird der damalige junge Lehrer – Guillaume Peltier wird 1999 Geschichtslehrer – aus dem Raum Paris ins ostfranzösische Joinville versetzt. Dies entfernt ihn von seinen bisherigen „Kameraden", während die Mégret-Partei sich unterdessen als Rohrkrepierer erweist.

Ab 2000 knüpft Peltier über das ICTUS, eine katholisch-fundamentalistische Lobbygruppe, Kontakt zur Kleinpartei MPF („Bewegung für Frankreich") des nationalkonservativen Rechtskatholiken Philippe de Villiers. 2001 wird er Mitglied der Partei des Grafen de Villiers, und ab 2003 amtiert er als dessen Generalsekretär. Noch bis zur Präsidentschaftswahl 2007 wird Peltier dafür zuständig sein, möglichst viele frühere FN-Anhänger und auch Parteifunktionäre für die rechtskonservative Kleinpartei anzuwerben. Rund 3.000 frühere FN-Mitglieder sollen in diesem Zeitraum angeblich dem MPF beigetreten sein. Doch das Vorhaben von Graf de Villiers, eine politische Kraft in der „Lücke" zwischen Konservativen und FN aufzubauen, scheitert: Der Spalt ist zu schmal, und als Präsidentschaftskandidat erhält Philippe de Villiers (2007) nur gut 2 % der Stimmen.

Im Juli 2008 erklärt Guillaume Peltier seinen Bruch mit dem MPF, nachdem er noch im Mai zum Beauftragten für die diesjährigen Europaparlamentswahlen ernannt worden war. In der Folgezeit nähert er sich zunehmend an die konservative Regierungspartei UMP an. Er befindet sich im ständigen Gespräch mit mehreren hochrangigen UMP-Politikern, unter ihnen bekanntermaßen Brice Hortefeux. Letzterer amtierte im Januar 2009 als Minister „für Einwanderung und nationale Identität", danach kurzfristig als Arbeits- und Sozialminister. Seit der letzten Regierungsumbildung, die am 24. Juni 09 stattfindet, ist Hortefeux nun französischer Innenminister.

Am 25. Juni 09 gibt die Online-Ausgabe des konservativ-liberalen Wochenmagazins ‚L'Express' nun bekannt, dass Guillaume Peltier der UMP beigetreten sei. Er werde 2010 als Kandidat zu den Bezirksparlamentswahlen antreten, und „2014 der UMP bei der Eroberung des Rathauses von Tours (wo er wohnt) helfen".

Vielen Kritikern, die er – als „Verräter" – besonders auch auf der extremen Rechten hat, gilt Guillaume Peltier als „inhaltsloser Karrierist". Ob dies zutrifft oder ob er doch genuin rechte Inhalte mitbringt, bleibt abzuwarten. In der Öffentlichkeit hat Peltier, als er 2003 erstmals (in seiner Qualität als Generalsekretär des MPF) prominent wurde, behauptet, er habe die extreme Rechte aufgrund der Auschwitz relativierenden bis indirekt leugnenden Auslassungen von Jean-Marie Le Pen verlassen. Le Pen tätigte seine „umstrittenen" Äußerungen über die Gaskammern allerdings zum ersten Mal 1987 im französischen Fernsehen, zum zweiten Mal am 5. Dezember 1997 in München, in Gegenwart von Franz Schönhuber. Danach gehörte der junge Peltier aber noch über ein Jahr lang dem FN an. Lustig übrigens die Szene, bei der (im Dezember 2006) Guillaume Peltier mit dem FN-Generalsekretär Louis Aliot diskutierte. Nachdem die Sprache auf dieses Thema und auf die Äußerungen Le Pens über die Gaskammern kam, schleudert Louis Aliot seinem Gegenüber entgegen: „Du bist (damals) zur Mégret-Partei gegangen, die noch schlimmer (Anm.: als der eigene Laden) ist!" (Vgl. http://fr.altermedia.info/general/guillaume-peltier-encore-moins-credible-que-villiers_10006.html) Witzig, wenn Faschisten sich gegenseitig beharken – und in der Öffentlichkeit das Argument finden: Wir sind schlimm, aber die Anderen sind noch schlimmer!

BhS, Paris ■

Jahrelange Proteste erfolgreich

Deutsche Bahn AG stellt 175.000 Euro zur Verfügung

Berlin. Wie die Bundes-Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) am 2. Juli mitteilte, hat sie eine Spende der Deutschen Bahn AG „für das Projekt ‚Zug der Erinnerung‘“ erhalten. Die Zahlung in Höhe von 175.000 Euro entspricht den Gebühren, die von der DB AG seit 2007 für die Erinnerungsarbeit des Zuges eingezogen wurden. Die zeremonielle Scheckübergabe fand in Gegenwart des Verkehrsministers, der Mitglieder des Verkehrsausschusses sowie des Vorstandsvorsitzenden der DB AG statt. Opferverbände, Überlebende der „Reichsbahn“-Deportationen sowie Vertreter der Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ waren ausgeschlossen.

„Umso dankbarer sind wir der EVZ, die sich als Mittler zur Verfügung gestellt hat, um der DB AG einen Gesichtsverlust zu ersparen“, sagt Armin Dahm vom „Zug der Erinnerung“. „Die jahrelangen Proteste tausender UnterstützerInnen waren erfolgreich. Der historischen Verantwortung können weder die DB AG noch das Verkehrsministerium entgehen.“

In einer aktuellen Pressemitteilung schlägt die Bürgerinitiative vor, die jetzt erstatteten Bahn-Gebühren als Grundstock für umfangreiche Hilfsmaßnahmen zu nutzen. Sie sollen den überlebenden Opfern der „Reichsbahn“-Deportationen zugute kommen, die als Kinder und Jugendliche auf den deutschen Schienenwegen in die Lager geschleust wurden. Mehrere Tausend dieser Deportierten leiden in hohem Alter an den Spätfolgen der Verschleppung. Der „Zug der Erinnerung“ steht mit einigen der „Reichsbahn“-Opfer in ständigem Kontakt . Der Umfang des Hilfsfonds „müsse den Deportationseinnahmen der früheren ‚Reichsbahn‘ entsprechen“, heißt es in der Pressemitteilung. Fahrtkosten über mehrere Millionen Bahnkilometer presste die „Reichsbahn“ den Opfern ab. Genaue Zahlen über das Ausmaß der „Reichsbahn“-Beihilfe zum Massenmord liegen aber bis heute nicht vor, bestätigte kürzlich die Bundesregierung (Drucksache 16/9206).

Die Bürgerinitiative hofft, „dass sich das Verkehrsministerium, die Deutsche Bahn AG und die führenden Unternehmen der deutschen Bahnindustrie“ an einem Hilfsfonds „maßgeblich beteiligen werden.“ Ein Anfang sei mit den 175.000 Euro der Bahn AG gemacht. In den kommenden Wochen will die Bürgerinitiative mit der EVZ klären, auf welchem Wege die jetzt zurück gezahlten Bahn-Gebühren dem weiteren Gedenken im „Zug der Erinnerung“ und den Opfern zugute kommen können.

www.zug-der-erinnerung.de ■

Endstation Vernichtung

Diensteifer und Pflichterfüllung bei der Reichsbahn in München 1933–1945



Die Fahrt wird fortgesetzt

HANNOVER. Der „Zug der Erinnerung“ wird seine Fahrt im Herbst fortsetzen. Dies beschloss jetzt eine Mitgliederversammlung und legte Umrisse der kommenden Route fest. Sie wird in Rheinland-Pfalz beginnen und durchläuft Stationen in 8 Bundesländern. Zentrum ist Niedersachsen, wo Einladungen aus zahlreichen Städten vorliegen, so aus Hannover, Oldenburg und Wilhelmshaven. In Grenznähe zu den Niederlanden, Frankreich und Polen plant die Bürgerinitiative Begegnungen mit Opferverbänden, in denen Überlebende der „Reichsbahn“-Deportationen tätig sind. Die logistische Mordbeihilfe der „Deutschen Reichsbahn“ ermöglichte die Durchschleusung zehntausender Deportationszüge aus West- und Osteuropa in die Vernichtungslager. Für die Transportkapazitäten sorgte das Reichsverkehrsministerium. Der „Zug der Erinnerung“ wird die fortdauernde Verantwortung der Nachfolgeeinrichtungen (Bundesverkehrsministerium und Deutsche Bahn AG) in den Mittelpunkt seiner grenzüberschreitenden Kontakte stellen.

Dass es auch im kommenden Herbst viele Tausend Besucher sein werden, die sich in der mobilen Ausstellung von den Tätern lossagen und den Deportierten zuwenden werden, ist sicher. Die Spurensuche hat bereits begonnen.

Einladungen und Anfragen ab sofort unter info@zugde.eu.

Endstation Vernichtung – Die Rolle der Deutschen Reichsbahn bei Verfolgung und Massenmord

München. Mit einem ungewöhnlichen Ausstellungsprojekt erinnert eine Münchener Projektgruppe „an die systemstabilisierende Rolle der Deutschen Reichsbahn für die verbrecherische NS-Diktatur“. Ausstellungsorte sind das DGB-Haus (Schwanthaler Straße) und die Hacker-Brücke. In unmittelbarer Nachbarschaft der zentral gelegenen Hacker-Brücke fanden zahlreiche Deportationen statt. Die Ausstellungen sind noch bis zum 31. Juli geöffnet. Der Eintritt ist frei. Es ist das erste Mal seit Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren, dass sich eine deutsche Großstadt der führenden Rolle örtlicher „Reichsbahn“-Abteilungen bei den NS-Massenverbrechen öffentlich und ohne Vorbehalt annimmt. Über die Themengruppen des Projekts schreiben die Veranstalter (www.endstation-vernichtung.de/seiten/index_projektgruppe.html):

„Als universelles Verkehrsmittel diente die Bahn dem Regime zur materiellen Sicherung von Mobilität und als wichtigste Transportressource bei der Umsetzung von wirtschafts- und militärstrategischen Zielen. Der mustergültige Diensteifer und die loyale Pflichterfüllung vieler Mitarbeiter machten die Bahn gleichermaßen zum Träger nationalsozialistischer Ideologie und zum populären Medium von NS-Propaganda. ... Die Reichsbahn leistete dabei ihren eigenen Beitrag zu Verfolgung und Massenmord: Sie stellte die Transportressourcen für die Verschleppung von tatsächlichen und vermeintlichen Regimegegnern, ausländischen Zwangsarbeitern und schließlich für die Deportation der Juden zur Verfügung. ... Nach 1939 wurden mehr als 10 Millionen Menschen aus allen Teilen Europas mit falschen Versprechungen für die deutsche Kriegswirtschaft angeworben oder mit Gewalt verschleppt. Den Transport der Zwangsarbeiter, darunter unzählige Kinder und Jugendliche, planten die Logistiker der Bahn. ... Für die grenzenlose Ausbeutung Europas durch den deutschen Aggressor waren die Bahnkapazitäten unverzichtbar, denn über das Schienennetz erfolgte die Abschöpfung von materiellen Ressourcen, Rohstoffen und Arbeitskräften. ... Die Bahn profitierte von diesen Transportdienstleistungen. Selbst den deportierten Juden wurden die Kosten für ihre Fahrt in den Tod berechnet.“

Über die Verantwortung der heutigen Deutschen Bahn AG heißt es:

„Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn zwischen 1933 und 1945 ist noch nicht geschrieben. ... Eine überzeugende und tiefgehende Auseinandersetzung über die loyale Unterstützung des NS-Regimes und die aktive Beteiligung der Reichsbahn an den NS-Verbrechen steht bis heute noch aus. Erst 55 Jahre nach Kriegsende hat wachsender öffentlicher Druck die Bahn zu einer ersten Annäherung an dieses unbequeme Thema veranlasst. ...

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, dem sich auch die Deutsche Bahn AG vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte zu stellen hat.“

Infos: www.endstation-vernichtung.de ■

Glöbnix – Kein Werben fürs Sterben

„Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg“ Kurt Tucholsky

MÜNCHEN. Nachdem im April öffentlich bekannt geworden war, dass sich OB Ude für die Durchführung eines feierlichen Gelöbnisses der Bundeswehr auf dem Marienplatz einsetzt, bemühte sich die LINKE, diesen Schritt zur Militarisierung des öffentlichen Raums zu verhindern. Ihr „Antrag zum geplanten Gelöbnis der Bundeswehr“ lautete:

„Der Stadtrat möge beschließen: Mit dem Wunsch des Wehrbereichs IV nach einer öffentlichen Vereidigung auf dem Marienplatz konfrontiert, appelliert der Stadtrat an den Kommandeur, General Wessel, eine auf Öffentlichkeitswirkung zielende Abwicklung von soldatengesetzlich erforderlichen Gelöbnissen zu unterlassen.

Sollte die Bundeswehr auf einer militaristisch geprägten Nutzung des Marienplatzes bestehen, weist der Stadtrat vorsorglich darauf hin, dass eine Beteiligung aus seinen Reihen nicht möglich ist, da Truppenbetreuung nicht zum Aufgabenkreis der kommunalen Selbstverwaltung gehört.

Der Kreisverwaltungsreferent wird beauftragt sicherzustellen, dass kritische Stimmen zur Notwendigkeit der Bundeswehr und ihrer aktuellen weltweiten Einsätze angemessen zum Ausdruck kommen können. Großflächige Absperrungen haben zu unterbleiben.“

In den folgenden Wochen bildete sich ein Bündnis, das anlässlich dieses Gelöbnisses Kritik an der Militarisierung der deutschen Außenpolitik und Innenpolitik deutlich machen will.

Am Mittwoch 24.6. kam der Antrag in der Vollversammlung des Stadtrats zur Sprache. Am Ende lehnten die LINKE, die Vertreterin der ÖDP, der Vertreter der Bayernpartei und Teile der Grünen den Antrag des OB ab.

Eine Mehrheit aus SPD, CSU, FDP, anderen Teilen der Grünen, Freien Wählern und Nazi beschloss: „Der Stadtrat begrüßt die Entscheidung des Oberbürgermeisters, den Marienplatz für ein öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen.“

Die Stadtratsgruppe der LINKEN unterstützt den Aufruf zu Aktionen. Siegfried Benker von den Grünen, der dem OB die geforderte Beifallsäußerung versagte, ging auch zu dem Aktionsaufruf auf Distanz. Nach Angaben des OB und des Kreisverwaltungsreferenten ist eine großräumige Absperrung des Marienplatzes nicht vorgesehen.

Die Bundeswehr lege Wert auf eine Veranstaltung inmitten der Öffentlichkeit. Der Raum für das Gelöbnis wird durch Absperrgitter abgeteilt. Dem Wunsch der Bundeswehr, das Hausrecht übertragen zu erhalten, will das KVR nicht nachkommen. Das KVR wird einen Auflagenbescheid erteilen. Die Ordnung innerhalb der Truppe wird durch die Militärpolizei (Feldjäger) aufrechterhalten.

Über die Einhaltung des Auflagenbescheides wacht das KVR bzw. die Polizei.

Martin Fochler ■

Es rufen auf: AK Gewerkschaften • Attac • München • Bayerischer Flüchtlingsrat • BürgerInnen gegen den Krieg, Landkreis Ebersberg • Das andere Bayern e.V. • Deutscher Freidenkerverband OV München • DFG-VK München • DKP München • DIE LINKE Kreisvorstand München • DIE LINKE Stadtratsgruppe • IL-FreundInnenkreis München (Interventionistische Linke) • Leonie Droste • Wolfram Kastner, Künstler • Toni Kilger, Jurist • Frieder Köllmayr, Vors. Das Andere Bayern e.V. • Christiane Kröll • Kuhle Wampe, München Ligsalzstraße8 e. V. • linksjugend ['solid] München • Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus • Münchner Friedensbündnis • Münchner Montagsdemo • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München, e.V. • PAKT, München • RSB, IV. Internationale • SAV – Sozialistische Alternative, OG München • Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ München • Claus Scherer • VVN-BdA Landshut (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten • ver.di Jugend München • Konstantin Wecker

Schluss mit der rassistischen Nazi-Hetze gegen Muslime!

FRANKFURT. Für den 1. August 2009 hat die NPD eine bundesweite Demonstration in Friedberg und Nidda angemeldet. Unter dem Motto „Deutsche wehrt Euch – gegen Islamisierung und Überfremdung!“ knüpft die Partei der weitgehend staatlich finanzierten und geduldeten Neonazis an den NS-Slogan der antisemitischen Boykotte vom April 1933 an („Deutsche, wehrt Euch, kauft nicht bei Juden“). Sie verbindet diese antisemitische Losung der historischen NS-Faschisten mit der weitverbreiteten anti-islamischen Hetze, wie sie von der Mitte der Gesellschaft bis an deren rechte Rääander um sich greift. Die NPD versteht sich, so ihr Aufruf zu Demo am 1. August, als „Vorreiterin“ gegen die „schleichende Islamisierung“ und angebliche „Landnahme“ von Muslimen in Deutschland und möchte aus diesem Grund gegen vermeintliche „Großmoscheen“ in Hessen mobil machen.

Für ihre Demonstration hat sich die NPD den 65. Jahrestag des Warschauer Aufstands (1. August 1944) ausgesucht. An diesem Gedenktag des antifaschistischen Widerstands wollen in Friedberg und Nidda der Bundesvorsitzende Udo Voigt, der Landesvorsitzende Jörg Krebs, dessen Stellvertreter Mario Matthes und weitere Funktionsträger der von Finanzskandalen und zahlreichen Strafverfahren wegen Körperverletzung und anderen schweren Delikten erschütterten Partei öffentlich auftreten.

Aus der unmittelbaren Nachbarschaft Friedbergs stammt Kevin Schnippkoweit, der im vergangenen Jahr durch seine Klappspaten-Attacke auf eine schlafende Dreizehnjährige bekannt wurde – zur Zeit ist er schon wieder auf freiem Fuß.

Wir möchten nicht in einer Region leben, wo ein solches Vorhaben ohne heftigen Widerspruch möglich ist. Was wir dazu beitragen können, die NPD-Demos am 1. August 2009 in Friedberg und Nidda unmöglich zu machen, werden wir tun.

Wir rufen alle Frankfurter DemokratInnen und AntifaschistInnen zu entschlossenem und gemeinsamen Handeln gegen die NPD auf.

Aufruf des Anti-Nazi-Büündnisses
www.wetterau-nazifrei.de.vu ■

Abschiebung einer Roma-Familie verhindern!

WOLFENBÜTTEL. In einer Mailinformation vom 9. Juli informiert der niedersächsische Flüchtlingsrat über einen Offenen Brief von DIE LINKE im nds. Landtag zu der geplanten Abschiebung einer Roma-Familie:

„Der Landkreis Wolfenbüttel hat für den 14.7.09, ab 2.00 Uhr morgens einer Roma-Familie die Abschiebung in den Kosovo angekündigt. Der Landkreis hatte die Romazugehörigkeit der Familie in Zweifel gezogen. Vor Gericht ist jedoch eindeutig festgestellt worden, dass die sieben Familienmitglieder zweifelsfrei Roma sind.

Damit scheint sich der Landkreis Wolfenbüttel an die Spitze der Kommunen in Niedersachsen setzen zu wollen, die die Abschiebungen von Roma in den Kosovo durchsetzen wollen. Die skandalöse Abschiebung einer Ashkali-Frau, die vom Kreistag Wolfenbüttel als Fehler erkannt wurde und deren Rückholung der Kreistag beschlossen hatte, scheint nicht zu einem grundsätzlichen Sinneswandel des Landkreises geführt zu haben.“

In dem Offenen Brief vom 8. Juli wenden sich der Landtagsabgeordnete Victor Perli und der Kreistagsabgeordnete Roland Kretschmer für die Fraktion DIE LINKE im niedersächsischen Landtag gegen die Abschiebung an den Landkreis Wolfenbüttel und den dafür zuständigen Landrat. Der Text des Briefes:

„ …uns ist mitgeteilt worden, dass der Landkreis Wolfenbüttel für den 14. Juli für 2.00 Uhr morgens die Abschiebung einer siebenköpfigen Roma-Familie in den Kosovo angekündigt hat. Wir möchten Sie auf diesem Wege dringend bitten, diese Maßnahme auszusetzen und damit die Abschiebung der Familie in den Kosovo zu verhindern.

Eine Abschiebung von Roma-Flüchtlingen aus Deutschland ist aus humanitären Gründen nicht hinnehmbar, weil die Lebenssituation der Roma dort weiterhin hochproblematisch ist. So existieren unter anderem keine Institutionen, die den Schutz von Minderheiten effektiv gewährleisten können. In den meisten Fällen können die Roma nicht mehr in ihre ursprünglichen Siedlungen und Häuser im Kosovo zurückkehren, da sie entweder zerstört oder von anderen Personen in Besitz genommen worden sind.

Das Land Niedersachsen hatte noch im März diesen Jahres erklärt: „Unter Beachtung der von UNMIK erklärten besonderen Schutzbedürftigkeit der Roma im Kosovo und der bekannten Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Wohnraum für Romavolkszugehörige im Kosovo hat die Bundesregierung gegenüber UNMIK/ OCRM die Zusage gegeben, zunächst davon abzusehen, Roma – mit Ausnahme von Straftätern – zwangsweise in die Republik Kosovo zurückzuführen. Diese Zusage gilt unverändert auch gegenüber der nunmehr verantwortlichen kosovarischen Regierung. Niedersachsen wird auch weiterhin die von derBundesregierung gegebene Zusage beachten und wie bisher von einer zwangsweisen Rückführung von Angehörigen der Volksgruppe der Roma – mit Ausnahme von Straftätern – in die Republik Kosovo absehen.“

Im Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass auch die weiterhin ungeklärte Situation im Fall der samt ihrer Kinder abgeschobenen Frau Gashi gegen die erneute Abschiebung einer Familie spricht. Vor dem Hintergrund, dass der erste Fall landesweit für Schlagzeilen gesorgt hat, würde eine erneute humanitär hochgradig fragwürdige Abschiebung dem Landkreis einen erneuten Image-Schaden bescheren. Diese würden dann auch die Bemühungen des Landkreises für eine Rückholung von Frau Gashi und ihren Kindern überschatten und damit dieses Anliegen konterkarieren In diesem Zusammenhang weisen wir auch darauf hin, dass sich der Niedersächsische Landtag im August mit einer Initiative der Linksfraktion befassen wird, die einen neuen Abschiebungsstopp für Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo vorsieht. Wir fänden es auch persönlich sehr bedauerlich, wenn der Landkreis Wolfenbüttel in dieser Debatte eine unrühmliche Hauptrolle spielen würde. …“

Der Offene Brief wurde nachrichtlich an Amnesty International, Asyl-Gruppe AWO Kreisverband Wolfenbüttel, Caritasverband Wolfenbüttel, Diakonie Kreisstelle Wolfenbüttel, Paritätischer Wolfenbüttel, Evangelische Landeskirche, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Braunschweiger Zeitung/ Wolfenbütteler Anzeiger geschickt.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Keine Abschiebung in den Kosovo! Bleiberecht für alle!

GÖTTINGEN. Am 26.6.2009 wurde der Vater einer sechsköpfigen Göttinger Roma-Familie in Abschiebehaft genommen. Nach 17 Jahren Aufenthalt in der BRD soll der 40-jährige Rama Semsedin am Donnerstag, 2. Juli abgeschoben werden. Er wird damit von seiner Familie getrennt. Die vier Kinder sind zwischen 12 und 15 Jahre alt und alle in Deutschland geboren.

Mit der Trennung der Familien versuchen Abschiebebehörden den Druck auf die Verwandten zur sogenannten freiwilligen Ausreise zu erhöhen.

Rama Semsedin ist der erste bekannt gewordene Versuch einer Abschiebung in Göttingen und Niedersachsen seit der Ankündigung neuer Massenabschiebungen Ende letzten Jahres. Eine Abschiebewelle in Göttingen steht bevor: Seit April 2009 haben viele Göttinger Roma-Familien Ausweisungen und Ausreisetermine zugestellt bekommen.

Wir wollen die Abschiebung nicht tatenlos hinnehmen und unseren Protest dagegen am Donnerstag, den 2.7. auf die Straße tragen! Die Demo kann nur ein erster Schritt sein, um die kommenden Abschiebungen zu verhindern. Kommt zur Demo und unterstützt die Flüchtlinge im Kampf gegen Abschiebungen!

Nach Zählung von Pro Asyl leben 34.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo in der BRD ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Sie leben mit Duldung, in Lagern, ohne Existenzgrundlage und in ständiger Angst vor der möglichen Abschiebung. Alleine in Göttingen leben etwa 500 Kosovo-Flüchtlinge in dieser Situation!

Seit der einseitigen Anerkennung der Republik Kosovo durch einige NATO-Staaten im vergangenen Jahr laufen die Vorbereitungen für neue Massenabschiebungen in den Kosovo. Im November 2008 hat die UNMIK – die UN-Verwaltung des Kosovo – die Zuständigkeit für Rückführungsfragen an die neue kosovarische Regierung abgegeben. Und diese ist zur Aufnahme der Flüchtlinge aus Europa bereit. Den Abgeschobenen drohen im Kosovo massive soziale Ausgrenzung und ethnische Verfolgung. Übergriffe durch Polizei und albanische Nationalisten, systematische Benachteiligung durch die Behörden, fehlende Gesundheits- und Sozialversorgung bestimmen ihr Leben.

Quelle: papiere-fuer-alle.org - projektroma.com - flucht@nds-fluerat.org ■

Caritas fordert dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Roma aus dem Kosovo

OSNABRÜCK. Auch der Vorsitzende des Caritasverbandes für die Diözese Osnabrück e.V., Diakon Dr. Gerrit Schulte, fordert einen Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo. Schulte wörtlich: „Wir fordern ein humanitäres Aufenthaltsrecht, damit diese Flüchtlinge eine dauerhafte Zukunftsperspektive in Deutschland erhalten. Wir sehen darin auch eine auch eine besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands gegenüber der Volksgruppe der Roma“. In Niedersachsen leben ca. 3.400 Roma aus dem Kosovo, die von einer Abschiebung bedroht sind.

Ludger Haukap, Migrationsreferent beim Caritasverband Osnabrück, beschreibt die Situation im Kosovo: „Dort, wo einmal die Heimat der kosovarischen Roma war, finden sich heute zerstörte Dörfer, wegplanierte oder enteignete Häuser und eine rassistische Haltung der Bevölkerung. Im Kosovo sind aktuell über 90 % der Roma arbeitslos, so dass es kaum möglich ist, eine Existenz zu sichern oder aufzubauen.“

→

Trotzdem verhandelt die deutsche Bundesregierung zurzeit mit der kosovarischen Regierung über ein Rücknahmeabkommen von Kosovoflüchtlingen aus Deutschland.

Von einem solchen Abkommen sind neben anderen Minderheiten insbesondere die Roma betroffen. Angesichts ihres oft langjährigen Aufenthalts in Deutschland und der derzeitigen Situation im Kosovo hält der Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V. eine Rückkehr der Roma dorthin nicht für verantwortbar.

Die meisten Kosovo-Flüchtlinge kamen schon in den neunziger Jahren nach Deutschland. Haukap zur Situation der Flüchtlinge in Deutschland: „Jahrelang wurden ihnen hier durchgängig Integrationsleistungen verwehrt. Als Geduldete erhielten sie weder Sprachförderung noch Ausbildungsförderung, und ihnen wurde durch gesetzliche Vorgaben der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert bzw. faktisch versagt.“

Die Kinder und Jugendlichen der Flüchtlinge sind hier aufgewachsen oder sogar geboren. Sie haben in Deutschland Kindergärten und Schulen besucht und kennen die Heimat ihrer Eltern nicht. Haukap sorgt sich gerade um die jungen Roma: „Abschiebungen in ein ihnen völlig unbekanntes Land bedeuten eine erhebliche Gefährdung des Kindeswohls und können der Persönlichkeitsentwicklung eines jungen Menschen schwer schaden.“

Quelle: Caritas Osnabrück 1.7.2009 ■

Hessischer Landtag lehnt Bleiberecht für Romaflüchtlinge ab

WIESBADEN. Eine Mehrheit aus konservativen und liberalen Abgeordneten hat am 25.6.2009 einen Antrag der Partei “Die Linke” abgelehnt, Romaflüchtlingen aus dem Kosovo ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren. Der Antrag, der im Innenausschuss in Wiesbaden diskutiert wurde, wurde von Grünen und SDP unterstützt.

Zeitungsberichten zufolge widersetzten sich die Mitglieder der Mehrheit dem Argument der Oppositionsparteien, dass die Bedingungen für eine dauerhafte Rückkehr von Angehörigen ethnischer Minderheiten im Kosovo nicht gegeben sind, indem sie darauf hinwiesen, dass nach wie vor jeder Fall einer Einzelfallprüfung unterliegt. Allerdings geht aus den Berichten auch hervor, dass sich der hessische Innenminister sehr wohl bewusst ist, dass die Aufnahmekapazitäten im Kosovo begrenzt sind.

Vor einem Monat wurde ein junger Roma und Vater von zwei kleinen, in Deutschland geborenen Kindern in Fuldatal festgenommen und nach Kosovo abgeschoben. Der Rechtsanwalt Axel Selbert, der die Öffentlichkeit auf diesen Fall aufmerksam machte, befürchtet, dass dies nur der Beginn einer bevorstehenden Welle von Abschiebungen von Roma nach Kosovo ist, und dass sich diese Praxis deutschlandweit ausweiten könnte.

Seit einigen Wochen erhalten Romaflüchtlinge in Hessen und anderen Teilen Deutschlands Aufforderungen, „freiwillig“ nach Kosovo zurück zu kehren. NGOs zufolge sind bereits mehrere Familien untergetaucht, um einer drohenden Abschiebung zu entgehen

Quelle: Chachipe - www.roma-kosovoinfo.com ■

Diskriminierung von Muslimen: Untersuchung in 14 EU-Staaten

Diskriminierung von Muslimen ist in der Europäischen Union keine Ausnahme. 30 % der Muslime haben in den letzten zwölf Monaten einen Vorfall erlebt, bei dem sie sich diskriminiert fühlten (Männer: 34 %, Frauen: 26 %). Dies ist ein Ergebnis der MIDIS-Untersuchung der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) in 14 Staaten der EU.

Gefragt wurde nach Diskriminierung in neuen sozialen Bereichen, etwa bei der Arbeitssuche, in der Arbeit, in Restaurants, in der Schule.

Elf Prozent wurden Opfer eines rassistisch motivierten Übergriffs. Viele dieser Übergriffe wurden weder der Polizei gemeldet noch wandten sich die Opfer an eine Hilfsorganisation.

In nur zehn Prozent der Diskriminierungsfälle war das Motiv die Religion der Opfer. Die große Mehrheit der Diskriminierungen geschieht auf Grund der ethnischen Herkunft.

Besonders hoch ist die Diskriminierungsrate bei der Suche nach Arbeit und am Arbeitsplatz. Bei der Diskriminierung im Zusammenhang mit der Arbeitssuche weist Deutschland mit 28 Prozent den dritthöchsten Wert aus.

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer in einem Land der EU sinkt die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Diskriminierung zu werden.

Quelle: Publikation „Forum Migration Juli 2009“ ■

Diskriminierende Asyldatenbank abschaffen

BERLIN. „Die EU-Kommission betreibt den weiteren Abbau der Rechte von Flüchtlingen“, kritisiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Ankündigung des EU-Justizkommissar Jacques Barrot, die EU-Kommission werde im Herbst beschließen, die Asyldatenbank Eurodac für die Polizei zu öffnen. Jelpke weiter:

„Der Zugriff der Polizei auf die Asyldatenbank wird Flüchtlinge weiter stigmatisieren und diskriminieren. Die Datenbank ist einzig zu dem Zweck eingerichtet worden, Mehrfachanträge von Asylsuchenden in verschiedenen EU-Staaten aufzudecken. Der Vorschlag, sie der Polizei zu öffnen, verstößt gegen jeden datenschutzrechtlichen Grundsatz. Die Zweckbindung der gespeicherten Daten wird aufgehoben. Daten von Asylbewerbern werden zum Material für polizeiliche Rasterfahndungen, als ob in dieser Bevölkerungsgruppe strafbares Handeln besonders ausgeprägt wäre. DIE LINKE sieht sich in ihren Befürchtungen bestätigt, dass, wenn erst einmal eine solche Datei eingerichtet ist, auch bald die Sicherheitsbehörden Zugriff hierauf verlangen.

Die EU-Kommission will den Trend zu immer grenzenloseren Datentransfers und Datenerfassungen auf Vorrat offenbar weiter verfolgen. Das bedeutet zugleich einen Trend weg von den Grundrechten. Dieser Trend zum präventiven Überwachungsstaat stellt auch die Grundrechte der EU-Bürger permanent in Frage.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Flüchtlingslager: Freie Wähler legen eigenen Gesetzentwurf vor

MÜNCHEN. Am Mittwoch, den 1. Juli 09 wurde der Entwurf der Freien Wähler für ein Flüchtlingsaufnahme- und Integrationsgesetz im Plenum des Bayerischen Landtags debattiert. Darin wird die Begrenzung der Lagerpflicht auf maximal ein Jahr gefordert.

Die Freien Wähler wollen ihre Ankündigung aus der Debatte um den Entwurf der Grünen für ein Flüchtlingsaufnahmegesetz wahrmachen: Sie stellen ihren Entwurf für ein Flüchtlingsaufnahme- und Integrationsgesetz vor. Zentrale Bestandteile sind die Erprobung des Leverkusener Modells in allen bayerischen Regierungsbezirken und die Begrenzung der Lagerpflicht für alle Flüchtlinge auf maximal ein Jahr.

Die Erprobung des Leverkusener Modells zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in Sammellagern erübrigt sich eigentlich, da dieses Modell in Leverkusen schon seit Jahren erfolgreich praktiziert wird. Auch in Berlin gilt eine entsprechende Regelung, die von allen Seiten als positiv bewertet wird.

Besonders herausragend an dem Gesetzentwurf ist, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Schwerbehinderte, SeniorInnen, Schwangere, Alleinerziehende mit Kindern und Traumatisierte nach der Entlassung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen überhaupt nicht in Flüchtlingslagern untergebracht werden sollen. Für alle anderen Flüchtlinge, die nicht zu diesen Personengruppen mit besonderen Bedürfnissen zählen, soll die Lagerpflicht generell auf ein Jahr nach der Entlassung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen begrenzt werden.

Flüchtlingslager sind kein Ort, an dem Menschen untergebracht werden sollten. Deshalb lehnt der Bayerische Flüchtlingsrat selbst die auf ein Jahr begrenzte Lagerpflicht generell ab. Gerade das Beispiel der Stadt Leverkusen zeigt, dass die schnellstmögliche Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen für alle Beteiligten von Vorteil ist. Der Bayerische Flüchtlingsrat hält deshalb die erneute Erprobung in Form von Modellversuchen für überflüssig und fordert die generelle Abschaffung der Lagerpflicht.

„Wir begrüßen es sehr, dass die Freien Wähler erkannt haben, dass die Lagerunterbringung gerade auch für alleinstehende Flüchtlinge eine extreme Belastung darstellt. Denn sie verbringen ihr Leben über Jahre hinweg in Mehrbettzimmern mit ihnen unbekannten Menschen, mit denen sie sich auf Gedeih und Verderb arrangieren müssen. Diese Situation führt häufig zu großen Spannungen", kommentiert Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat den Gesetzentwurf. „Zudem zeigt der Gesetzentwurf der Freien Wähler, dass die Mehrheit der Abgeordneten im Bayerischen Landtag zumindest die Begrenzung der Lagerpflicht für alle Flüchtlinge will. Damit gerät die CSU noch mehr unter Druck, die bisher nur zu Zugeständnissen für wenige Sondergruppen bereit ist, an der generellen Lagerpflicht aber nicht rütteln will."

Quelle: Flüchtlingsrat Bayern - flucht@nds-fluerat.org ■

Strafverfahren wegen Hilfe für Flüchtlinge

Herford. Gegen den Pfarrer Berthold Keunecke wird am Montag, den 13. Juli 09 um 13.30 Uhr am Landgericht Bielefeld ein Strafprozess geführt. Er ist wegen Beihilfe zu dem illegalen Aufenthalt einer kurdischen Frau angeklagt, die er samt ihren zwei Töchtern unterstützt und für mehrere Wochen in seiner Wohnung aufgenommen hatte.

Die Familie mit türkischer Staatsangehörigkeit hatte Asyl in Deutschland beantragt, das jedoch abgelehnt worden war. Daraufhin war die Familie untergetaucht, der Vater flüchtete in ein anderes europäisches Land. Nachdem die Mutter mit ihren Töchtern schon über ein Jahr lang untergetaucht waren, kamen sie nach Herford. Dort war es den 14 und 16 Jahre alten Mädchen nach Vermittlung des Pfarrers endlich wieder möglich, zur Schule zu gehen. Die Mutter hatte sich inzwischen verlobt und plante eine Heirat, die ihr ein Aufenthaltsrecht in Deutschland ermöglicht hätte. Aus juristischen Gründen musste diese Heirat in der Türkei stattfinden. Als sie in die Türkei geflogen war, löste ihr Verlobter allerdings die Verlobung, sie konnte nicht zurückkehren. Berthold Keunecke setzte sich weiter für die minderjährigen Mädchen ein, die inzwischen mit einer Aufenthaltserlaubnis in Herford leben.

Keunecke, der sich auf das Gebot der Nächstenliebe und auf den notwendigen Schutz der Menschenwürde beruft, hob in dem bisherigen Verfahren hervor, dass die kurdische Frau auch ohne seine Hilfe in Deutschland geblieben wäre. Er hätte ihr aus Gewissensgründen die Hilfe nicht versagen können. Er wurde vom Amtsgericht Herford zu einer Strafe von 40 Tagessätzen zu je 50 Euro verurteilt und hat dagegen Berufung eingelegt, über die vom Landgericht Bielefeld am 13. Juli verhandelt wird. Der Pfarrer hofft auf einen Freispruch, damit auch anderen Flüchtlingshelfern, die uneigennützig und allein aus Nächstenliebe heraus Illegalisierte unterstützen, die Angst vor juristischen Konsequenzen genommen wird.

Die Evangelische Kirche von Westfalen respektiert die Haltung ihres Pfarrers, der entsprechend dem Beschluss der Landessynode gehandelt hätte, die im November 2000 feststellte: „Menschen ohne Aufenthaltsrecht, die uns aufsuchen, haben ein Anrecht auf Hilfe und Beistand".

Quelle: Presseerklärung v. 5.7.2009 Berthold Keunecke, Pfarrer ■

Resolution für ein gerechtes Bleiberecht für langjährig hier lebende Menschen

Wuppertal. Die nachstehende Resolution für eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung wurde am 29.6.2009 im Stadtrat der Stadt Wuppertal einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg verabschiedet.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, der Rat der Stadt Wuppertal setzt sich dafür ein, dass Bund und Länder eine gerechte Ausweitung des Bleiberechts sicherstellen, die gewährleistet, dass langjährig geduldete Flüchtlinge nicht infolge von Umständen, die sie nicht zu vertreten haben, ausgewiesen werden.

In den §§ 104a, 104b Aufenthaltsgesetz soll daher sichergestellt werden, dass die Altfallregelung für langjährig hier lebende Menschen über den 31.12.2009 hinaus verlängert wird.

Das Auslaufen der Altfallregelung zum 31.12.2009 würde sonst dazu führen, dass die betroffenen Menschen infolge der aktuellen wirtschaftlichen Krise ausgewiesen würden. Der Rat der Stadt appelliert an den Städtetag und den Innenminister, sich für eine derartige Verbesserung der Bleiberechtsregelung einzusetzen.

Das Netzwerk ‚Partizipation', ein Wuppertaler Netzwerk zur Förderung der arbeitsmarktlichen Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen in Deutschland wird in seinen Aktivitäten ausdrücklich unterstützt.

Begründung:

Mit der Altfallregelung gemäß den §§ 104a, 104b Aufenthaltsgesetz sollte eine Aufenthaltsperspektive für langjährig in Deutschland geduldete Ausländer geschaffen werden. Gradmesser dafür sollte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und –willigkeit der Betroffenen sein.

Quelle: Gemeinsamer Antrag Drucks. Nr. VO/0505/09 CDU-Fraktion/SPD-Fraktion/Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wuppertal - flucht@nds-fluerat.org ■

Solidarität mit Felix Otto vor dem Knast -JVA Goldlauter in Suhl

Am Donnerstag, 16. Juli 2009, dem 27. Jahrestag der Einführung des Residenzpflichtgesetzes, findet unter dem Motto „Solidarität mit Felix Otto" eine Kundgebung vor der JVA Goldlauter in Suhl statt,um gegen die Inhaftierung Ottos und für die Abschaffung des Gesetzes zu demonstrieren. Treffpunkt ist um 13.30 in Suhl im Stadtzentrum. Um 15.00 findet dann die Kundgebung vor dem Knast-JVA Goldlauter, Zellaer Str. 154 statt.

Die Kundgebung wird von afrikanischer Percussion – Buggy Djembe Jive (Bongo Man - Savannah Beats) begleitet.

Teilnehmen wird auch die Flüchtlings-Community Thüringen, die über das unmenschliche System von Law and Order sprechen werden, das ihnen durch die staatliche Politik der Abschiebebehörden auferlegt worden ist, über ihre prekäre Situation der Ghettoisierung in ehemaligen Militärkasernen und heutigen Isolationslagern in Thüringen.

Mehr information: http://thevoiceforum.org/node/1319 ■

PROZESSTERMINE ERNEUT VERTAGT !!!!! *

Erneut hat das Gericht Agrigento den Termin zu den Prozessen CAP ANAMUR und TUNESISCHE FISCHER vertagt! Die Urteile ergehen nicht wie geplant am 20. und 21.7.2009!

CAP ANAMUR ist ohne Begründung vertagt auf den 7.10.2009!

Der Termin für die TUNESISCHEN FISCHER steht noch nicht, wird aber voraussichtlich auch im OKTOBER sein.

Judith Gleitze borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V. ■

„Per la vita": „Bejarano meets Microphone Mafia"

Hamburg. Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz- Komitees in der BRD, hat mit ihren Kindern Joram und Edna von ihrer Gruppe „Coincidence" und den Rappern von „Microphone Mafia" aus Köln eine CD aufgenommen, die zu ihrem Konzert am 26. Juni in der „HWP" (jetzt: DWP) gerade erschienen war.

Für die Werbung stand nur eine extrem kurze Zeit von etwa drei Wochen zur Verfügung; das Konzert sollte möglichst zeitnah zum Erscheinen der CD und vor allem noch vor der Sommerpause stattfinden. Zweifelnden Stimmen, auch von Komiteemitgliedern, hatte Esther Bejarano ihren bisweilen unerwarteten, dann aber auch unerschütterlichen Optimismus entgegengesetzt, der auch die Zögernden mitriss. Und dieser Optimismus sollte sich als gerechtfertigt erweisen.

Doch zurück zu den Anfängen: Als Esther Bejarano vor einiger Zeit zum ersten Mal von ihrem Projekt berichtete, zusammen mit jungen Männern, die ihre Enkel sein könnten, eine CD aufzunehmen, war ihre Begeisterung deutlich spürbar. Esther Bejarano wirkt zwar trotz ihres fortgeschrittenen Alters jugendlich, jedoch jugendlicher Leichtsinn ist ihr nicht vorzuwerfen. Und so war auch in diesem Fall ihre Begeisterung – falls dies von einem Gefühl gesagt werden kann – begründet. Die jungen Leute von „Microphone Mafia" waren von der Musik der Bejaranos begeistert gewesen und hatten gern mit ihr zusammenarbeiten wollen. Grundlage dieser Zusammenarbeit war außer der – entgegen dem „Ohrenschein" – musikalischen Nähe die allseitige Überzeugung, gemeinsam etwas zu unternehmen, um dem Einfluss der „Schulhof"- CDs, mit denen die NPD unter Jugendlichen um Einfluss wirbt, etwas entgegenzusetzen.

Das Projekt erweiterte sich, als die junge Wissenschaftlerin Katharina Obens hinzukam, die die Generationen übergreifende musikalische und politische Zusammenarbeit der Bejaranos mit „Microphone Mafia" – u.a. durch einen Film – dokumentierte.



Das Projekt stand also auf soliden Füßen, und alle, die von der politischen Zielrichtung erfuhren, waren erstaunt über die Idee und zugleich von ihr begeistert. So war es dann doch vielleicht nicht verwunderlich, dass Esther Bejaranos Optimismus sich als begründet erwiesen hatte und der Hörsaal der „HWP" am vergangenen Freitag fast so gut gefüllt war wie bei den Veranstaltungen des Auschwitz- Komitees zum Gedenken an den 9. November 1938, in deren zweitem Teil die Gruppe „Coincidence" zu spielen pflegt. Wer in das Konzert gekommen war, um etwas Ähnliches wie bei diesen Veranstaltungen zu erleben, musste sich ein wenig umstellen, denn der Rahmen unterschied sich schon sehr. Das begann schon damit, dass nach Esther Bejaranos einführenden Worten „Microphone Mafia" das Publikum fragte: „Geht' s euch gut?", und sich mit einem einigermaßen lauten „Ja!" nicht zufrieden gab. Nun stieg sicher bei etlichen der Zuhörenden die Spannung angesichts der Frage, wie die beiden Gruppen miteinander harmonieren würden. Ich hatte, wie andere auch, erwartet, dass die beiden Gruppen sich abwechseln würden, und erlebte eine nicht geringe Überraschung: „Microphone Mafia" begann mit ihrem Rap, und dann setzten – in einer bemerkenswert liebevollen Choreographie – Esther und Edna Bejarano mit ihrem Gesang ein. Ich war überrascht, wie gut sie sich mit dem für sie neuen Klanghintergrund zurechtfand. Die Musik beider Gruppen harmonisierte auf erstaunliche Weise. (Hierzu trug sicherlich die persönliche Nähe zwischen den Beteiligten bei:

„Signore Rossi" von „Microphone Mafia" gestand dem Publikum, dass er zur Zeit häufiger mit Esther und Edna Bejarano telefoniere als mit seiner Mutter.) Natürlich eignet sich nur ein Teil des Repertoire der Bejaranos für die gemeinsame musikalische und textliche Bearbeitung – grob gesagt, die weniger lyrischen Stücke; und solche wurden fast ausnahmsweise für die CD ausgewählt. Die Melodie einer Vertonung eines Gedichts Nazim Hikmets war eigens geändert worden, um in den musikalischen Rahmen zu passen. Besonders gut passend erschien mir das griechische Lied, das von der Gefangenschaft Mikis' Theodorakis' in der Zeit der Militärjunta handelt, oder das Hanns Eislers von der „Judenhure Marie Sanders". Während des Konzerts begann der Saal zunehmend stärker zu toben. Das Konzert endete mit standing ovations, und statt einer Zugabe veranlasste „Microphone Mafia" das Publikum, ihre Fassung von „Bella Ciao" mitzusingen.

Lothar Zieske ■

Raffael Scheck – „Hitlers afrikanische Opfer

Lesung in der Buchhandlung im Schanzenviertel am 31.8.2009, Beginn 20 Uhr – Einlass 19. 45, Eintritt 3 Euro – Kein Vorverkauf, Ko-Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Eine-Welt-Netzwerk Hamburg

Raffael Scheck hat mit seinem Buch „Hitlers afrikanische Opfer" eine wegweisende Studie zu einem bislang kaum beachteten Aspekt des Zweiten Weltkriegs vorgelegt: den Massakern der Wehrmacht an schwarzen Soldaten in Frankreich im Jahr 1940. Seine Studie wurde in der angelsächsischen und französischen Presse einhellig begrüßt. Auf einer Lesereise wird der in den USA lehrende Autor die Ergebnisse seiner Forschung nun auch in Deutschland vorstellen.

Bisher hatte die historische Literatur der Wehrmacht für den Krieg gegen Frankreich im Allgemeinen ein korrektes Verhalten bescheinigt, das in scharfem Kontrast zur deutschen Kriegführung im Osten stehe. Aufgrund der Archivquellen, die Raffael Scheck erschlossen hat, ist dieses Bild nicht länger aufrechtzuerhalten. Damit ist auch die letzte Legende der Wehrmacht, die des „sauberen Westfeldzuges", nicht länger haltbar.

Die vorliegende Untersuchung belegt erstmals detailliert, dass die Wehrmacht im Mai und Juni 1940 Massaker an schwarzen Soldaten und Kriegsgefangenen verübte, die in der französischen Armee gekämpft hatten, und zeigt auf, wie weit die Nazifizierung der Truppe bereits zu diesem Zeitpunkt fortgeschritten war. Mehrere Tausend schwarze Gefangene wurden während des Feldzugs ermordet und eine unbestimmte Zahl von Schwarzen wurde erschossen, ohne Gelegenheit zu bekommen, sich zu ergeben. Oft machten die Deutschen bei der Suche nach versprengten schwarzen Soldaten keine Gefangenen.

Der Autor stellt die Massaker an schwarzen Soldaten in die Kontinuitätslinie der Brutalisierung der deutschen Kriegführung seit den Kolonialkriegen gegen die Hereros und den Maji-Maji-Aufstand. Er untersucht darüber hinaus die deutsche Propaganda gegen die sog. „Schwarze Schmach" während der Rheinlandbesetzung, welche die Stationierung der Kolonialtruppen als Verbrechen und Provokation darstellte. Die Nationalsozialisten hielten die Erinnerung an diese Hetzkampagne auch nach 1933 wach. Als Rheinlandbastarde

diffamierte Kinder wurden während des Dritten Reichs erfasst und sterilisiert.

Pressestimmen: „Das Anliegen des Buches ist nicht, eine ›Konkurrenz‹ der Opfer der nationalsozialistischen Barbarei zu befördern. Sein Interesse liegt vielmehr darin, die Legende einer sauberen Wehrmacht in Frage zu stellen sowie eine Neubewertung der lang gehegten Unterscheidung zwischen einem ›schmutzigen‹ Krieg im Osten und einem angeblich anständigen Krieg im Westen vorzunehmen" (Le Monde).

„Die Stärke von Schecks Ausführungen liegt in der Einbettung militärischer Fakten in den Kontext der Genese rassistischen Denkens gegenüber Schwarzen" (konkret).

Das Buch ist erschienen bei Assoziation A – 2009 978-3-935936-69-9; 20 Euro

Buchhandlung im Schanzenviertel : Tel. 4300808; mail : info@schanzenbuch.com; www.schanzenbuch.com

„Meilensteine – Ein Leben im Widerstand" von Marianne Semnet



Marianne Semnet, die Trägerin der Osnabrücker Bürgermedaille, legt in ihrem Werk die eigenen Erinnerungen an ein politisches und privates Leben vor, das stets ein Leben im Widerstand gegen Diktatur, autoritäre Strukturen, Unrecht und historisches Vergessen war. Ihre Autobiografie ist für den Leser zugleich ein kritischer Gang durch die Geschichte von der Weimarer Republik bis heute.

Den Geist des Widerstands sog Marianne Semnet bereits mit der Muttermilch ein. Ihre Großmutter meinte, sie sei bereits mit dem Kommunistischen Manifest im Bauch geboren. Ihre Familie war aufs Engste mit der Arbeiterbewegung verknüpft und wurde somit auch in besonderer Weise Opfer der nationalsozialistischen Diktatur. Bis heute kämpft sie mit vielerlei Aktivitäten gegen das Vergessen der faschistischen Verbrechen. So trug sie mit ihrem unermüdlichen Einsatz wesentlich zur Errichtung der Gedenkstätte Gestapokeller Osnabrück bei.

Ihr Engagement gegen die Restauration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik führte sie auf Seiten der schon bald verbotenen Kommunistischen Partei in Widerspruch zum Adenauerstaat. Auch sie musste für ihre politische Einstellung mit Inhaftierung und Verfolgung büßen. Doch ihr Gefühl für Ungerechtigkeit ließ sie in Distanz zur kommunistischen Wirklichkeit in Ost und West geraten, ohne dass sie je ihr Ideal einer Welt ohne Krieg und Unterdrückung im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aufgab. In der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung setzte sie ihren Kampf fort. Auf vielen Kundgebungen und als fesselnde Erzählerin warnt sie bis heute vor dem Wiedererstarken des Rechtsradikalismus.

Die fesselnde Biografie einer Frau, die sich selbst und ihren Zielen immer treu geblieben ist, die ihre Individualität und ihr politisches Engagement stets verbunden hat.

Marianne Semnet: Meilensteine – Ein Leben im Widerstand. Geest-Verlag, ISBN 987-3-86685-184-9, 12,50 Euro, Email: Geest-Verlag@t-online.de, Internet: www.Geest-Verlag.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Neuerscheinung: Diskriminierungsfälle 2008

Köln. Bereits zum fünften Mal veröffentlicht das ADB Köln/ÖgG die statistische Auswertung der Diskriminierungsfälle, die es als Beschwerde- und Beratungsstelle bei ethnischer Diskriminierung jährlich aufnimmt, bearbeitet und dokumentiert.

Die hier zugrunde gelegten Daten aus 2008 können selbstverständlich keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben. Diese Auswertungen liefern Aufschluss über das Ausmaß individueller, institutioneller und struktureller Diskriminierungsmechanismen, auf Basis derer wirksame und nachhaltige Interventionsstrategien und Handlungsansätze gegen Diskriminierung entwickelt werden können.

Bei den abgeschlossenen und den in Bearbeitung befindlicahen Diskriminierungsfällen zeigt sich ein breites Spektrum von eingeleiteten Unterstützungsmaßnahmen. Das Handlungsspektrum des ADB Köln/ÖgG erstreckte sich dabei von der emotionalen Unterstützung der ratsuchenden Person, telefonischen/schriftlichen Anfragen bei Beschuldigten über Klärungsgespräche im Beisein der Beraterin/des Beraters zwischen den Betroffenen und der diskriminierenden Person bzw. Institution bis hin zu Vermittlung an andere spezialisierte Beratungsstellen/Experten (z.B. psychotherapeutische Beratung). Ein großer Teil der Personen strebten mit Hilfe des Büros und seiner parteilichen Unterstützung die Konfrontation mit der beschuldigten Person bzw. Partei auf gleicher Augenhöhe an. Für die Betroffenen war es wichtig, dass die Gegenseite ernsthaft mit ihrer Vorgehensweise und den damit verbundenen Auswirkungen auf die diskriminierte Person konfrontiert wurde.

Die explorative Studie „Psychosoziale Folgen von Diskriminierungserfahrungen und deren Auswirkungen auf die Lebenssituation Betroffener" sowie die „Expertise über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in der Beratungspraxis des ADB Köln/ÖgG" bilden weitere Schwerpunkte der diesjährigen Ausgabe.



Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 3,50 Euro über die Geschäftsstelle des Trägervereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V." bezogen werden. Keupstr. 93 51063 Köln,Tel.: 0221 510 18 47 Fax: 0221 952 11 26 Email: info@oegg.de

Aristokratische Gesinnung und Konzentrationlager für „Asoziale"

Nation & Europa Juli/August 2009

Bei jeder neuen Ausgabe von „Nation & Europa" wundert sich der Rezensent darüber, dass diese Zeitschrift auch in der kritischen Literatur immer wieder als „Theorieorgan" bezeichnet wird. Theorie findet sich auf ihren Seiten normalerweise soviel, wie in einem Handbuch für Heimwerker. In der aktuellen Ausgabe kommt sie dem ihr unverdient anhaftenden Ruf aber wenigstens nahe.

Konservative sind keine Faschisten. Beide politische Richtungen miteinander zu verwechseln, wie es auch Antifaschist(inn)en immer wieder unterläuft, vereinfacht zwar vielleicht auf den ersten Blick die Auseinandersetzung, führt aber zu Fehlurteilen und der Gefahr, dass sich daraus eine falsche Strategie gegen Rechts entwickelt. Allerdings ist die Verwechslung insofern verständlich, als konservative Politiker(innen) immer wieder mit ausgewiesenen Faschisten zusammenarbeiteten, ihnen politisch Vorschub leisteten und ideologische Schützenhilfe gaben. Worin gründet diese Nähe? Dr. WOLFGANG CASPART, „gebürtiger Salzburger, arbeitet als Psychologe, Personalberater und Gerichtssachverständiger. Er war Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände Österreichs. Als Mitglied des parteiunabhängigen Personenkomitees für die Wiederwahl des Europaabgeordneten Andreas Mölzer hat er zum jüngsten FPÖ-Erfolg beigetragen". N&E druckt einen Artikel Casparts nach, der ursprünglich in der Wiener Wochenzeitung „Zur Zeit" erschien und unter dem programmatischen Titel „Wenn der Pöbel herrscht: Die Ochlokratie" einen aufschlussreichen Einblick in das politische Denken des Autors und derer, die ihn unkommentiert nachdrucken, erlaubt. Thema ist die politische Theorie, bzw. die Frage nach einer wünschenswerten Staatsform: „Die Oligarchie ist die Normalform und Realform des Gesellschaftslebens. Doch leider hat unser demokratischer Parlamentsabsolutismus einen Pferdefuß, die ochlokratische Parteienherrschaft". Was er mit dieser eher ungewöhnlichen Bezeichnung meint, lässt Caspart nicht im Dunklen: „Seit der Ausdehnung des Wahlrechtes auf alle Bevölkerungsschichten, unabhängig von Einkommen, Bildungsgrad, Qualifikation und Herkunft, ist die schwankende Masse (lat. ‚vulgus mobile') oder der Pöbel (lat. ‚plebs', griech. ‚ochlos') zur wahlentscheidenden Bedeutung gelangt. Dem Rechnung tragend, wird das politische Leben durch zunehmende Propaganda, Schaumschlägerei, Manipulationen und Erwartungshaltungen fördernde Versprechungen geprägt". Kurz gesagt, Demokratie bedeutet politische Taschenspielerei.

Aber es kommt noch schlimmer, es geht ums Geld: „Allmählich ist die Plebs überzeugt, nur mehr Ansprüche an Wohltaten von der Politik erwarten zu dürfen *(wieso sie nur Ansprüche erwartet, bleibt wohl das Geheimnis des Verfassers – tri)* und erbringt als einzige Gegenleistung die Abgabe ihrer jämmerlichen Stimme für den, der die höchsten Versprechungen macht. Das kommt davon, wenn die ganze politische Methode darauf beruht, dem vermeintlichen ‚Willen des Volkes' zu entsprechen, aber nicht, was sachlich erforderlich ist." *(Grammatik so im Original – tri)*

Die Behauptung, dass die Mehrheit der Bevölkerung, die arbeitenden und arbeitslos gemachten Menschen, faul und gefräßig sei, macht sich als Programm in der Öffentlichkeit nicht sehr gut und hätte zur Wiederwahl Andreas Mölzers vermutlich eher wenig beigetragen, das materielle Interesse des Herrn Doktor Caspart muss deshalb mit etwas „Höherem" übertüncht werden: „Zugleich senkt die Anpassung an den Geschmack und das Verständnis der Unterschichten zunächst das Niveau der geistigen Kultur uns dann auch das der materiellen Zivilisation.... Das Problem der pseudodemokratischen Eliten ist die fehlende aristokratische Gesinnung". Warum fällt dem Rezensenten bei solchen Auslassungen eigentlich immer die französische Revolution ein?

Zur „aristokratischen Gesinnung" des österreichischen Akademikers passen die Vorstellungen, die GEORG K. SCHMELZLE unter der programmatischen Überschrift „Für eine begabungsgerechte Bildungspolitik: Nicht jeder kann alles" entwickelt: „Die ‚Integration' in einer Gesamtschule ist Gift für unsere Leistungsgesellschaft, weil sie die theoretisch Begabten nicht fordert und die praktisch Befähigten auf den falschen Weg schickt. Die zweite und dritte Sprache bei den Leistungsfähigen wird gefährdet, und Unterricht in Mathematik und Geisteswissenschaften geht über die Köpfe der Andersbegabten hinweg.... Bei einem egalisierenden Gesamtschulsystem wie in den USA wird nur eine Bildungsnivellierung nach unten stattfinden... Richtiger wäre es, vereinfachte Berufsbilder einzuführen, die auch theoretisch schwach Begabten einen Lehrabschluss ermöglichen. Praktische Arbeitswilligkeit kann nur bis zu einem Lebensalter von etwa 16 Jahren geweckt werden. Später wird oft die Lehre nicht mehr angenommen...". Anders ausgedrückt: Schmelzle möchte viele schlecht ausgebildete Menschen, die möglichst früh arbeiten sollen und wenige, die einen hohen Ausbildungsstandard genießen dürfen, um die anderen zu leiten, zu führen, kurz: über sie zu herrschen. Aristokratische Gesinnung eben.

Die gewünschte Umsetzung der von Caspart und Schmelzle propagierten Theorie beschreibt unter der Überschrift „Wenn Asoziale politisch verdächtig sind: Fürsorgliche Retuschen bei RTL" ein Mensch, der seinen Beitrag mit dem Pseudonym „Spectator" zeichnet: „Die meisten der Verhaltensauffälligen, die sich den Medien für einen Kasten Bier als ‚Neonazis' andienen, hätten unter Hitler gute Chancen gehabt, im Konzentrationslager zu landen. Asoziale, mit einem schwarzen Winkel gekennzeichnet, bildeten damals eine der größten KZ-Häftlingsgruppen. Das Erziehungsprogramm bestand aus harter Arbeit und einem strengen Lager-Reglement. Und tätowiert wurde dort allenfalls die Häftlingsnummer". Soviel zu den Vorstellungen eines N&E-Autoren über die Lösung sozialer Probleme.

Aber zurück zu den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden zwischen Konservativen und Faschisten. Gemeinsam ist ihnen die aus den Erfahrungen der Französischen Revolution entstandene Volks- und Demokratieverachtung, die Ablehnung der Gleichheit der Menschen und die daraus resultierende Feindschaft gegen die für alle gleichen Menschen- und Bürgerrechte. Die Einrichtung von KZs blieb den Nazis vorbehalten, die die Menschenfeindlichkeit auf eine kaum vorstellbare Spitze trieben. Die ideologische Grundlage dazu aber hatten die konservativen Vordenker geliefert, politische Hilfestellung leisteten die konservativen Eliten. *tri* ■